

Strategische Zukunftsgestaltung, Gesellschaft & Mensch

Wie wir wirklich leben wollen

Weltweit wird ersichtlich, dass Demokratie in einer Sackgasse steckt.

Immer mehr Menschen erkennen Mechanismen hinter missbrauchter Demokratie. Es ist jetzt an der Zeit, die derzeit gelebte repräsentative Fassadendemokratie grundsätzlich zu hinterfragen, denn Demokratie bedeutet den konstruktiven Dialog gerade mit Andersdenkenden!

Demokratie ist gegenwärtig in Deutschland von vielen Seiten bedroht:

Öffentliche Debatten spiegeln nicht mehr alle unterschiedlichen Sichtweisen wider. Wichtige Perspektiven werden immer wieder ausgegrenzt oder verschwiegen. So entsteht eine Atmosphäre gefährlichen und potenziell gewaltsamen Gegen-einanders statt eines Miteinanders.

Die Vielfalt der Meinungen lebt vom Respekt. Wo Respekt für andere Meinungen verloren geht, ist nicht nur Demokratie, sondern auch friedliches Zusammenleben in Gefahr.

Wir sehen uns der Wahrheit verpflichtet. In zunehmender Bewusstheit wollen wir eine Kultur des respektvollen, wertschätzenden sowie friedlichen Mit- und Füreinanders errichten. So werden wir miteinander statt gegeneinander bessere Entscheidungen treffen.

Deshalb setzen wir uns intensiv für die tatsächliche Umsetzung von Demokratie ein: für eine konstruktive, öffentliche Debatte und für Vielfalt, die nicht nur behauptet, sondern wirklich gelebt wird.

Für die Umsetzung braucht es entschiedenes politisches Handeln. Basisdemokratie ist für uns die Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Denn Basisdemokratie heißt: Wir Bürger ent-

scheiden selbst über alle wichtigen Fragen – per Volksentscheid.

Damit ist Basisdemokratie eine Form der direkten Demokratie. In bundesweiten Abstimmungen mit niedrigen Hürden können Gesetze durch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen eingebracht oder abgelehnt werden. So ist Basisdemokratie die konsequenteste Form von Demokratie.

Basisdemokratie gibt uns Bürgern als Souverän von allen Demokratieformen das größte Mitsprache- und Entscheidungsrecht.

Vier Säulen

Wir glauben an den Menschen als selbstbestimmtes Individuum, der frei auf die Welt kommt und als freier Mensch auch sein Leben führt. Uns leitet der Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Menschenwürde wird in der Basisdemokratie durch vier Grundwerte – Säulen – geschützt:

- Freiheit
- Machtbegrenzung
- Achtsamkeit
- Schwarmintelligenz

Basisdemokratie braucht diese klare Werteorientierung der „vier Säulen“ als Rahmen für eine gemeinwohlorientierte, freiheitliche Gesellschaft.

Die vier Grundwerte

- vereinen Menschen, statt auszugrenzen
- schützen vor Vereinnahmung durch Extremismus
- bewahren vor Dominanz einzelner Interessengruppen
- stellen faire Rahmen für friedliches Zusammenleben

Dieser wertebasierte Rahmen der „vier Säulen“ schafft Frieden, denn er:

- ermöglicht die Beteiligung aller
- sichert ausgewogene Entwicklung zum Wohle aller
- schafft den fairen Ausgleich zwischen unterschiedlichsten Interessengruppen
- bringt individuelle Freiheit fortwährend mit dem Gemeinwohl in Einklang
- fördert und fordert ausgewogene Information

Umfassende Information ist Voraussetzung für verantwortungsvolle, friedensstiftende Entscheidungen aller.

Damit garantieren die „vier Säulen“ eine friedliche, gemeinwohlorientierte und basisdemokratische Gesellschaftsordnung.

Wir wollen in einer freiheitlichen, achtsamen und basisdemokratischen Welt leben.

Wir wollen die in vielen Jahren entstandenen und jetzt bestehenden politischen Unverhältnismäßigkeiten und Strukturen verändern.

Wir wollen die „Machtlosigkeit“ gegenüber destruktiven und einengenden Gesellschaftsstrukturen beenden.

Wir wollen wertorientierte Basisdemokratie aufbauen für eine gleichberechtigte, freie Gesellschaft, die Frieden schafft.

Dafür geben uns die „vier Säulen“ unverzichtbare Werkzeuge und verbindliche Orientierung.

Geistesleben, Medien, Wirtschaftsleben, Rechtsleben

Geistesleben

Wir vertrauen auf mündige Bürger, die in einer freiheitlichen Gesellschaft eine bessere Welt gestalten: im Geiste sozialer Gerechtigkeit und in Achtsamkeit gegenüber Mensch und Natur.

Freiheit des Individuums in gemeinwohlorientierter Gesellschaft, die die Individualität des Einzel-

nen achtet, soll das Geistesleben der Gesellschaft beleben. Diese Freiheit ist Maxime unserer Politik in Bildung, Gesundheit, Forschung, Religion, Medien und Sozialem.

Medien

Medien haben diesen Prozess frei von Propaganda und Zensur zu begleiten.

Für Basisdemokratie als politisches Modell der Zukunft fordern wir wahrhaft unabhängige Berichterstattung als Basis für unbeeinflusste Bürgerentscheidungen.

Wirtschaftsleben

Solidarität, nicht nur allen Menschen, sondern auch der Natur gegenüber, soll das Handeln im Wirtschaftsleben bestimmen, so dass Raubbau weder am Menschen noch an der Natur entstehen kann. Korruption in jeder Form ist auszulöschen.

Rechtsleben

Echte Gleichheit aller Menschen soll das Rechtsleben bestimmen. Sie gibt jedem Bürger Mitbestimmungsrechte.

Die Partei dieBasis ist eine antifaschistische Partei der Mitte

Über unsere Satzung und auf Basis unserer vier Säulen definieren wir uns ganz klar als antifaschistische Partei. Wir lehnen jede Form von Diktatur und Extremismus ab.

Gerade für Deutsche ist Faschismus allein historisch schon ein höchst sensibles Thema. Unvergessen ist unsere Geschichte ein ewiges Mahnmal, uns vor Faschismus zu schützen und wachsam zu bleiben, denn Demokratie ist leider keine Selbstverständlichkeit, „wehret den Anfängen!“

Wenn man sich aber zu sehr auf die deutsche Nazi-Herrschaft konzentriert, läuft man Gefahr, die eigentlichen Warnsignale zu übersehen oder man scheut gar den direkten Vergleich und schaut weg.

Der mehrfach ausgezeichnete Chirurg, Psychologe und Herausgeber, Dr. Lawrence Britt, veröffentlichte 2003 einen Artikel über Faschismus für die humanistische Zeitschrift Free Inquiry. Er verglich verschiedene faschistische Regimes wie die von Hitler, Mussolini, Franco, Suharto (Indonesien) und einiger lateinamerikanischer Länder. Dabei stellt er 14 Gemeinsamkeiten faschistischer Regimes fest und nennt sie die Identifikationsmerkmale des Faschismus.

Betrachtet man Deutschland 2024 unter diesen Aspekten, wird es einem flau im Magen, denn zwölf von 14 Merkmalen lassen sich direkt identifizieren und auf das neuzeitliche Geschehen übertragen. Hier ein kleiner Auszug:

1. Verachtung für die Bedeutung der Menschenrechte

Menschenrechte gelten als wenig wertvoll und als Hindernis für die Verwirklichung der Ziele herrschender Eliten. Für das propagierte Bedürfnis nach Sicherheit oder das vermeintlich richtige Ziel werden die Menschenrechte in einigen Fällen ignoriert (z. B. Datenschutz, Impfpflicht).

2. Kontrollierte Massenmedien

Direkte Kontrolle der Medien durch die Regierung (ÖRR), indirekt durch Verordnungen der Regierung, Lizenzen und Zensur sowie Aufkauf von Medien durch Konzerne oder Einzelne (Digital Services Act, Forderung der Datenweitergabe von Internetplattformen an den Staat).

3. Identifizierung von Feinden/Sündenböcken

Ziel ist es, eine erkannte allgemeine Bedrohung oder einen Feind zu beseitigen (z. B. eine Oppositionspartei oder „Querdenker“). Einsatz von Propaganda, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von anderen Problemen abzulenken.

4. Unternehmerische Macht wird geschützt

Aristokraten der Industrie und Unternehmen können frei agieren. Sie bringen mit ihrem Einfluss auch politische Führer an die Regierung. Dies führt zu einer Machtelite, meist gegen Bürgerinteressen. (WEF, WHO, NGOs, Stiftungen ...)

5. Vorherrschaft des Militärs

Das Regime identifiziert sich mit dem Militär, es erhält daher einen überproportional großen Anteil des Staatshaushalts und der Ressourcen, die inländischen Probleme werden vernachlässigt. Soldaten und Militär werden verherrlicht. („Wir müssen kriegstauglich werden!“, Waffenlieferungen an Ukraine/Israel, Aufrüstung, Wehrpflicht)

6. Geringschätzung Intellektueller und der Künste

Verachtung und Unterdrückung von Intellektuellen und der Kunst. Die Freiheit der Ideen und Meinungsäußerung sind ein Gräuelfeld. Intellektuelle und akademische Freiheit gelten als subversiv für die nationale Sicherheit und das patriotische Ideal. Universitäten wurden/werden streng kontrolliert, politisch unzuverlässige Fakultäten, unorthodoxe Ideen oder abweichende Meinungsäußerungen werden abgewertet oder eliminiert. (Verschwörungstheorien, Desinformation)

Zwei hier nicht genannte Merkmale wurden ins komplette Gegenteil gesetzt, sodass auch diese dazu zählen. So betrachtet, sind es 14 von 14 Merkmalen. Nicht zu vergessen sind jegliche Formen von Diktatur, wie z. B. Totalitarismus, Autokratie, Sozialismus, Kommunismus (DDR, Nord-Korea, China), die vorwiegend ähnliche Merkmale aufweisen und gleiche Ziele verfolgen. Davor schützen wir uns gemeinsam, indem wir die Grundsäulen der Demokratie wieder aufbauen und bewahren.

Eine lebenswerte, demokratische Gesellschaft wird von Menschen für Menschen geschaffen. dieBasis setzt sich dafür ein, dass sämtliche Menschenrechte gewahrt sind, einschließlich dem Recht auf ein analoges Leben mit Bargeld als einzigem gültigen Zahlungsmittel (mit EC- und Kreditkarte). Gemeingut ist und bleibt in Bürgerhand. Grundbedürfnisse wie die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, bezahlbares Wohnen, ein menschenorientiertes Gesundheitssystem, funktionierende Justiz und Gewaltenteilung sowie ein faires, ausgewogenes Wirtschaftssystem im Einklang mit Natur und Umwelt bilden ein funktionierendes, wertvolles Zusammenleben.

Alleinstellungsmerkmale und unsere wichtigsten politischen Ziele sind:

1. Frieden

Ohne Frieden ist alles nichts. Die Anerkennung des UNO-Gewaltverbotes und der Souveränität der bestehenden Länder ist ebenso wichtig wie die Zugehörigkeit eines jeden Erdenbürgers zur Menschenfamilie. Eine neutrale Bundesrepublik steht für Friedensverhandlungen weltweit.

Die Herstellung der inneren Demokratie in jedem Menschen liegt uns sehr am Herzen, wie auch die Ausrichtung der äußeren Demokratie an unserem politischen Handeln.

dieBasis sagt Stopp zum menschenverachtenden und zerstörerischen Wahnsinn in Politik, Wissenschaft, Justiz, Wirtschaft, Medizin und Medien sowie der ständigen Indoktrination.

Wir sagen Stopp zu einer Bevölkerung, die ständig unter Druck und in Angst gehalten wird, denn so kann niemand in Frieden leben.

2. Medien demokratisieren

Ohne freie Medien gibt es keine Basisdemokratie. Für jede bundesweite Volksabstimmung ist es notwendig, einen freien und unabhängigen Rundfunk, insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seiner Tragweite zu haben. Der gesamte Debattenraum mit allen Hintergrundinformationen und Lösungsvorschlägen muss für die Bevölkerung urteilsfrei dargestellt werden. Die Medien(r)-evolution läuft bereits und die Runkfunkräte sind durch Bürgerräte im Losverfahren zu ersetzen.

3. Demokratie

Im GG Art. 20 (2) haben wir als Volk das demokratische Recht an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. In einer Demokratie können Volksinitiativen, Volksbegehren und bundesweite Volksabstimmungen Gesetze einbringen oder ablehnen, dies muss umgehend umgesetzt und spätestens in einer neuen Verfassung festgeschrieben werden. Es soll eine Demokratie in

Deutschland entstehen, in der das Volk in allen wichtigen Entscheidungen mitbestimmt und die Subsidiarität umgesetzt wird.

4. Bürgerparlamente als direkte Basisdemokratie

Nicht Parteien stellen die Wahllisten in allen Wahlen auf, sondern Bürger eines Wahlkreises stellen sich selbst zur Wahl. Aus diesem Kreis werden Abgeordnete in Bürgerparlamente der einzelnen repräsentativen Gremien gewählt. Die Abgeordneten sind verpflichtet, die Bürger ihres Wahlkreises zu Entscheidungen wahrheitsgemäß zu informieren und Volksabstimmungen zu grundsätzlichen Themen durchzuführen. Gemeinsam wird nach den besten Lösungen für die Menschen gesucht, so dass Koalitionen und Fraktionen überflüssig sind. Mit einem Misstrauensvotum im Wahlkreis kann ein Abgeordneter auch während der Amtszeit abgewählt und das Amt neu besetzt werden.

5. Wirtschafts- und Geldsystem für die Menschen

Noch nie hat es auf der Welt so viel Geld gegeben wie jetzt und noch nie haben wir zum wirklichen Leben so wenig Geld zur Verfügung wie jetzt. Wir streben die Einführung von sogenanntem Fließenden Geld in der Realwirtschaft an, dann wird die Kaufkraft im realen Leben gewährleistet. Die Geldabflüsse von Fleißig zu Reich in die Finanzwirtschaft werden ausgetrocknet und die großen Kapitalmengen in die Realwirtschaft zurückgebracht. Kleine und mittlere Unternehmen werden durch Steuerentlastungen gefördert, Globalisten zahlen Steuern in den Ländern, in denen sie ihren Umsatz machen. Arbeitslöhne sind zum Leben angemessen und eine Basissicherung ermöglicht eine Lebensgrundlage und eine Mindestrente für alle. Die Rückführung der Gewinne aus der Finanzwirtschaft in die Realwirtschaft wird über eine Obergrenze, die keinen Normalverdiener betrifft, vollzogen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht wieder zu.

6. Gesundheit

Vorbeugung und gesunde Lebensmittel in unseren Supermärkten sind eine Grundvoraussetzung für ein gesundes Leben und älter werden. Der

Abbau von Angst und Spaltung in unserer Gesellschaft wird den physischen und psychischen Stress von uns nehmen. Die Gesundheits- und Pflegesysteme sind in ein nicht-profitorientiertes soziales Gefüge umzuwandeln. Alle zahlen in eine Gesundheitsversicherung ein und eine freie Therapiewahl aus Schulmedizin und komplementärer Medizin wird nach dem Motto „Gesundheit erhalten – Krankheit vorbeugen und Krankheit wirklich heilen“ gewährleistet.

Ohne inneren und äußeren Frieden und Gesundheit ist alles nichts. Darüber wollen wir basisdemokratisch mitbestimmen.

7. Leben im Alter und Rente

Senioren wird von Politik und Gesellschaft häufig deren Lebensleistung aberkannt. Dabei verfügen sie über die deutlich größere Lebenserfahrung und jahrzehntelange Fachkenntnisse sowie Berufserfahrung.

Eine abgestumpfte Medienlandschaft schiebt ältere Menschen in die Ecke „nutzlose Esser“. Dabei haben sie das Land aufgebaut und die Rente der Vorgängerrentner gemäß dem Generationenvertrag bezahlt. Es kann nicht sein, dass das Leben im Alter neuerdings nur noch mit Flaschensammeln finanzierbar ist.

Deshalb sollen ausnahmslos alle in die Rentenkasse einzahlen. Betriebsrenten und Pensionsaufschläge können zusätzlich zur Rente ausbezahlt werden. Es wird eine Mindestrente garantiert und es gibt für Rentner keine Steuerabgabe mehr. Die Rentenkassen werden nur im Durchlaufverfahren geführt und nicht zum Füllen von anderen Schuldenlöchern verwendet oder damit an der Börse spekuliert. Der demographische Faktor ist vom Staat vorübergehend zu überbrücken.

Die Älteren haben ein Recht darauf, einen würdevollen und selbstbestimmten Lebensabend zu

erleben. In Familien, Vereinen und Politik sind sie für die Gesellschaft eine gern gesehene Bereicherung.

8. Recht auf analoge Lebensführung – keine digitale Kontrolle

Über der digitalen Machbarkeit steht für uns immer die Würde des Menschen. Wir fordern deshalb eine Digitaethik, welche die gegenwärtige und die zukünftige Freiheit, Menschenwürde und Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt.

Wir sind für digitale Technologien vor allem, wenn sie demokratische Willensbildungsprozesse unterstützen.

Technischer Fortschritt sollte vom Grundsatz geleitet sein, der gesamten Gesellschaft zu dienen, und darf Menschen, die mit der digitalen Technik nicht klarkommen oder sie nicht wollen, nicht ausgrenzen und diskriminieren.

Insbesondere darf Technik nicht dazu genutzt werden, Menschen zu übervorteilen, zu unterdrücken, zu zensieren und zu kontrollieren. Persönliche Daten sind Eigentum jedes Einzelnen und daher wertvoll und schützenswert.

Eine totale Transparenz von Bürgern, die z. B. mit einem „digitalen Impfpass“ erreicht werden könnte, widerspricht dem Grundgesetz und unseren gesellschaftlichen Werten. Darüber hinaus schafft sie ein Machtungleichgewicht zu Gunsten derjenigen, die Zugang zu den Daten haben. dieBasis lehnt dies im Sinne der Machtbegrenzung ab. Informationelle Selbstbestimmung hat gerade auch im Zeitalter der Digitalisierung zu gelten.

Diese acht Punkte und weitere gesellschaftliche Ziele sind jederzeit mit der Partei dieBasis erreichbar!

Säulenbeschreibung

Säule Freiheit

Freiheit ist Grundvoraussetzung für eine würdevolle menschliche Entwicklung.

Freiheit schafft Raum für Entfaltung auf körperlicher, geistiger und seelischer Ebene. Jeder Mensch hat das Recht, sein Leben selbstbestimmt und ohne Zwang zu gestalten.

Freiheit ist im deutschen Grundgesetz durch die sogenannten Freiheitsrechte geschützt.

Die Freiheitsrechte sind die wichtigsten Grundrechte und gelten für alle Menschen.

Diese Freiheitsrechte, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und objektive Information, sind das höchste Gut und der Garant für eine freie Gesellschaft. Gleichzeitig ist Freiheit untrennbar mit Verantwortung verbunden, sowohl für einen selbst als auch für die Gemeinschaft. Deshalb ist Basisdemokratie ein wesentlicher Bestandteil der Freiheit, indem sie allen mündigen Bürgern die Möglichkeit gibt, gleichberechtigt an politischen Entscheidungen mitzuwirken.

Um die Einhaltung dieser freiheitlichen Grundsätze zu gewährleisten, sind die Transparenz von Machtstrukturen, die unabhängige Berichterstattung sowie der faire Zugang zu Willensbildungsprozessen notwendig. Der Staat und seine Organe haben diese Grundrechte zu achten, zu gewährleisten und jederzeit den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Säule Machtbegrenzung

Zur Gestaltung und Entwicklung des Gemeinwesens übertragen wir – das Volk – als Souverän Macht an Personen und Instanzen. Diese geliehene Macht wird inhaltlich und in ihrer Wirkung eindeutig definiert, zeitlich begrenzt und stets an den Nutzen und das Wohl der Gemeinschaft gebunden.

Eine freiheitliche Gesellschaft kann nur bestehen, wenn Macht durch effektive Kontrolle und demokratische Mitbestimmung aller Bürger reguliert wird. Die Übertragung und Ausübung von Macht erfordert Eigen- und Fremdverantwortung sowie gegenseitige Kontrolle. Die Basisdemokratie spielt eine zentrale Rolle bei der Machtbegrenzung, indem alle mündigen Bürger gleichberechtigt an politischen Entscheidungen teilnehmen können.

Das Prinzip der Gewaltenteilung muss stets gewährleistet sein. Unabhängige Medien haben umfassend und wahrheitsgemäß zu informieren. Wir stehen ein für maximale Transparenz des politischen Handelns. Die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch Verfahren der direkten Demokratie und das Einbeziehen von interdisziplinären Gremien tragen dazu bei, dass Entscheidungen von gesellschaftlicher Tragweite umfassend und ausgewogen getroffen werden.

Die Machtbegrenzung sorgt hinsichtlich der Machteinflüsse für ein Gleichgewicht zwischen Individuum und Gruppe. Sie gewährleistet die Sicherstellung von Chancengerechtigkeit bei Entscheidungsfindungsprozessen.

Unter Machtbegrenzung soll den Instanzen Einhalt geboten werden, die fern der Achtsamkeit und gegen die Freiheit des Menschen handeln und dem Miteinander sowie der Entwicklung der Menschen schaden. Somit errichten wir transparente Debattenräume auf Augenhöhe, Sozialkompetenz bildende Kreiskulturen und unabhängige Entscheidungsfindungsprozesse.

Säule Achtsamkeit

Achtsamkeit ist Ausdruck unserer Menschlichkeit. Achtsamkeit bedeutet, das Menschsein und die Menschlichkeit als Leitbild einer freiheitlichen Gesellschaft zu begreifen, in der die Menschen einen liebevollen, friedlichen und respektvollen Umgang miteinander pflegen. Diese Säule fordert den achtsamen Umgang mit sich selbst, aus dem die Achtung gegenüber Mitmenschen, der Natur und allen Lebewesen erwächst. Achtsamkeit umfasst die bewusste Wahrnehmung des Inneren und Äußeren sowie die Bereitschaft zum offenen Dialog und zur gewaltfreien Kommunikation. Sie ist Grundlage für ein respektvolles Miteinander und fördert die Fähigkeit, Konflikte konstruktiv und lösungsorientiert zu verhandeln.

In einer achtsamen Gesellschaft übernimmt jeder Einzelne Verantwortung für sich und seine Mitmenschen. Die wertschätzende Kommunikation, das aktive Zuhören und die Gleichbehandlung aller Menschen sind zentrale Prinzipien, die das Zusammenleben prägen. Die Achtsamkeit schließt auch die Achtung vor der Natur und deren nachhaltigen Schutz ein. Nur durch Achtsamkeit, sowohl sich selbst als auch anderen gegenüber, kann eine solidarische Gemeinschaft entstehen, die auf Verantwortung, Kooperation und Empathie basiert und die Vielfalt und Würde aller Menschen schützt und fördert.

Säule Schwarmintelligenz

Wir gestalten Politik durch die Weisheit der Vielen. Damit sich eine starke und stabile Gesellschaft entwickeln kann, braucht es die direkte und gleichberechtigte Beteiligung ihrer Bürger.

Alle Menschen bilden die Basis und somit die Schwarmintelligenz mündiger Bürger, die durch die Weisheit der Vielen die Gesamtheit aller menschlichen Themen erfasst. Durch die uns innewohnende Schöpferkraft können wir sämtliche unserer Ideen und Konzepte für eine friedliche und lebenswerte Gesellschaft der Zukunft manifestieren.

Das Wissen von Einzelnen, auch von Experten, reicht oft nicht aus, um fachübergreifende Themen vollständig zu erfassen. Viele verschiedene Sichtweisen sollen gleichberechtigt in Entscheidungen mit einfließen und es dürfen dabei auch unterschiedliche Lösungen zur Anwendung kommen, die nachhaltig und für die gesamte Gesellschaft tragbar sind.

Mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel sowie vermehrter Entscheidungsbefugnisse auf lokaler Ebene ermöglichen wir allen Bürgern, ihre Fähigkeiten und individuellen Potenziale einzubringen.

Durch einen offenen und respektvollen Diskurs über den gesamten Debattenraum, der u. a. in freien Medien verbreitet wird, kann die Schwarmintelligenz in konkrete Politik umgesetzt werden, die auf dem Wohl aller basiert.

Entscheidungen müssen langfristig bedacht und transparente Abstimmungsverfahren geschaffen werden, um eine breite Akzeptanz und Verantwortung zu gewährleisten. Dies fördert eine stabile, leistungsfähige Gesellschaft, die durch die Beteiligung aller ihre Lösungen auf der Grundlage gemeinsamer Verantwortung und Freiheit findet.

Die „vier Säulen“ wirken in allen gesellschaftlichen Bereichen, so auch im Geistesleben, im Medienbereich, im Wirtschaftsleben und im Rechtsleben.

Arbeit & Soziales

dieBasis setzt sich für die Schaffung eines werteorientierten Wirtschaftssystems ein, das seinen Schwerpunkt auf Menschenwürde und Nachhaltigkeit legt. Die Entlohnung hat dabei so hoch zu sein, dass der Mensch davon sein Leben in Würde bestreiten kann. Sie hat für nachhaltig angebaute Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung und soziale sowie kulturelle Teilhabe zu reichen, außerdem muss sie immer signifikant höher als die Grundversicherung ausfallen. Die anschließende Altersversorgung muss den gleichen Kriterien unterliegen.

Persönliche Weiterbildungen sind zu gewährleisten und entsprechend zu honorieren. Ein Bildungsurlaub ist zu gewähren.

Jeder Mensch im Ruhestand soll die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen einer flexiblen Teilzeitbeschäftigung auch weiterhin mit seinem Wissen und seiner Lebensweisheit einzubringen – bei steuerfreier und angemessener Bezahlung. Die Renten sind von jeglicher Steuer befreit.

Manager und Politiker werden in die Pflicht genommen und sind für ihr Tun voll verantwortlich. Bei wissentlichen und vorsätzlichen Verfehlungen stehen sie mit ihrem Privatvermögen gerade.

Soziales und Entwicklung

dieBasis setzt sich für eine gemeinsame Krankenversicherung ein, in die alle in Deutschland Arbeitenden einzahlen. Über diese werden die Leistungen bezogen und das Leistungsangebot wird erweitert. Zusatzversicherungen können auf privater Basis abgeschlossen werden. Gesundheitswesen und Pflege dürfen nicht gewinnorientiert arbeiten. Der Pflegesatz vergütet sowohl die häusliche als auch die Pflege im Heim.

Für dieBasis steht die Menschenwürde an erster Stelle. Eine Grundversicherung ist zu gewährleisten. Sie hat für nachhaltig angebaute Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung und soziale sowie kulturelle Teilhabe zu reichen.

dieBasis stellt sich gegen Diskriminierung. Kein Mensch darf aufgrund seines biologischen

Geschlechts benachteiligt werden. Somit sind alle Quotenregelungen umgehend abzuschaffen.

Wir wollen die Spaltung der Gesellschaft bezüglich des biologischen Geschlechts beenden. Für uns haben Grammatik und Biologie nichts miteinander zu tun. Daher lehnen wir die sogenannte „Gendersprache“ sowie Gender- bzw. Geschlechterstudien ab. Das Selbstbestimmungsgesetz aus dem Jahr 2024 ist unverzüglich zu annullieren.

dieBasis sieht das Wohl unserer Kinder als eines der wichtigsten Anliegen: Wir setzen uns für die Schaffung geeigneter Lernorte für alle ein. Wir wollen unsere Kinder in ihrer natürlichen Entwicklung stärken, daher sprechen wir uns konsequent gegen eine Frühsexualisierung in Kindergarten und Schule aus. Auf die natürliche Scham der Kinder ist in allen Fällen Rücksicht zu nehmen.

Menschen mit körperlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen sollen mit dem Ziel der vollständigen Inklusion die für sie am besten geeigneten Hilfen erhalten.

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass gerade Menschen, die im sozialen Bereich tätig sind, während ihrer Ausbildung vor allem Klischees auswendig lernen müssen und anschließend oftmals mit der Realität überfordert sind. Dabei sollten gerade sie über Fingerspitzengefühl und Empathie verfügen. Die Ausbildung muss hier dringend an qualifizierte und aktuelle Erkenntnisse u. a. im Bereich der Psychologie angepasst werden.

Physische wie psychische Gewalt betrifft alle Menschengruppen gleichermaßen. Daher sind Gewaltschutzwohnungen für alle betroffenen Menschen zur Verfügung zu stellen und zu betreiben. Mit entsprechender Aufklärungsarbeit und Gewaltprävention ist bereits in der Schule zu beginnen.

Um Politik und Wirtschaft wieder zu entkoppeln, steht dieBasis dafür, politischen Verbänden wieder ihre Gemeinnützigkeit anzuerkennen, aber rein wirtschaftlichen Verbänden ihre Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

Bildung & Forschung

Selbstbestimmte Bildung für ein selbstbestimmtes Leben

„**Frei sich bilden**“ ist das Leitbild unserer Bildungspolitik.

Ob in Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten, Volkshochschulen oder an anderen Lernorten: Überall bieten unsere basisdemokratischen Grundsätze der Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz wichtige Orientierungspunkte.

Nirgends dürfen die Beteiligten beschämt oder abgewertet werden, überall haben sie das grundlegende Recht, selbst über ihre Lernwege zu entscheiden. Nirgends dürfen ihnen Themen aufgezungen oder ihnen widersprechende Lernbedingungen auferlegt werden.

Wir laden dazu ein, ermutigen und inspirieren dazu, das bestehende überholte und den Menschen nicht gerecht werdende Bildungssystem so zu wandeln, dass es eine selbstbestimmte, vielfältige und nachhaltige Bildung bewirkt.

Denn für Kinder wie für Erwachsene gilt: Wir kommen auf ganz unterschiedlichen Wegen und in unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu unseren Erkenntnissen.

Deshalb fordern und fördern wir Schulen und Lernorte, in denen jeder Lernende in seinem eigenen Tempo, nach seinen eigenen Interessen und im gewünschten Umfeld lernen und Erfahrungen sammeln kann.

Unsere Bildungspolitik gründet auf einem ganzheitlichen Menschenbild. Sie hat die menschliche Selbstverwirklichung zum Ziel, sowohl als Individuum als auch als Mitglied der Gesellschaft.

Unsere Bildungswege sollen Freude am Entdecken und Erfahren ermöglichen, Achtsamkeit gegenüber allen Beteiligten fördern sowie größt-

mögliche Eigenverantwortung und Persönlichkeitsentfaltung wachsen lassen.

Nur mit einer Freiheit im geistig-kulturellen Bereich, die der freien persönlichen Entwicklung gewidmet ist, können wir die Bedingungen schaffen für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen. Eine wahrhaft freie Bildung ist der unverzichtbare Schlüssel hierzu.

Bildungspolitik ist Hoheit der Bundesländer. In diesem Bundesbildungsprogramm werden länderübergreifende Grundsätze und Werthaltungen benannt, die auf Länderebene weiter gestaltet werden.

Unsere zehn Programmpunkte für eine selbstbestimmte Bildung

1. Wie in den meisten Ländern der Erde soll es auch in Deutschland statt der bisherigen Schul(anwesenheits-)pflicht ein Bildungsrecht mit eigener Bildungsverantwortung geben – mit individueller Bildungsbegleitung für Kinder aus benachteiligten Familien und verpflichtenden Nachweisen des Lernzuwachses.

2. Schulen und Bildungseinrichtungen entscheiden selbst über ihre pädagogischen Angebote – selbstverständlich unter Wahrung aller Grund- und Menschenrechte gemäß dem Grundgesetz. Dabei sind gesellschaftlich kontroverse Themen an allen Lernorten auch kontrovers zu bearbeiten. Jeder muss seine persönliche Meinung bilden und äußern können.

Die Lernenden setzen sich bei allen Themen (inklusive aktueller Tendenzen wie Frühsexualisierung, Gendern oder Angstpolitik – medizinisch, militärisch o.ä.) mit unterschiedlichen Sichtweisen, möglichen Absichten und Hintergründen kritisch auseinander.

3. Statt verpflichtender staatlicher Lehrpläne gibt es landesweite Orientierungsempfehlungen,

ergänzt durch die jeweilige pädagogische Ausrichtung des Bildungsortes und die Bildungswünsche der Lernenden.

4. Bildungseinrichtungen sind demokratisch organisierte Lernorte. Das Lernen findet je nach Themen an vielfältigen Bildungsorten statt. Lernerfahrungen können zeitweise auch im Wald, in Gärten, Bauernhöfen, Konzertsälen, Theatern, Museen etc. gemacht werden. Zusätzlich soll es auch die Möglichkeit des Lernens zu Hause (Homeschooling), Freilernorte, Online-Unterricht und andere Formen außerschulischen Lernens geben.

5. Eltern und Schüler wählen die Lernorte selbst. Die beteiligten Personen der Lernorte erstellen jeweils ein eigenes Bildungskonzept, das sich an demokratischen Grundsätzen und denen des selbstbestimmten Lernens orientiert. Die Vermittlung von Betriebspraktika gehört zum Angebot aller Bildungseinrichtungen.

6. Lehrkräfte an unseren Lernorten erteilen keine Befehle und bewerten nicht ungefragt, sondern sind Lernbegleiter und Unterstützer auf den ganz persönlichen Wegen selbstbestimmter Bildung. Der belastende Benotungszwang entfällt, es werden geeignete Formen zur Darstellung des individuellen Lernzuwachses gefunden (z. B. durch persönliche Präsentationen, Lerntagebücher, digitale Methoden u. a.).

7. Lehrkräfte bzw. Lernbegleiter werden nicht mehr verbeamtet, sondern arbeiten als Angestellte mit Tarifvertrag.

8. Die staatlichen Ausgaben für Bildung werden massiv erhöht,

- damit genügend Personal angestellt und angemessen entlohnt werden kann,
- damit soziale und psychologische Unterstützung angeboten werden kann,
- damit bestehende Räume und Gebäude zu attraktiven Orten des Lernens umgestaltet werden können,
- damit fundierte fachliche Beratung für diesen tiefgreifenden Veränderungsprozess zur Verfügung steht,

- damit selbstbetriebene Lernorte von Beginn an unterstützt werden können,
- damit alle Lernorte sicher finanzierbar und nicht auf Drittmittel angewiesen sind. Stehen solche trotzdem zur Verfügung, sind sie ausnahmslos zu veröffentlichen.

9. Lernbegleiter erhalten eine Ausbildung mit
- stetiger Verbindung von Theorie und Praxis
 - qualifizierten Methoden zur Persönlichkeitsentwicklung, Selbstreflexion und Supervision
 - Erarbeitung und Einübung von selbstbestimmten, kooperativen Lernformen und achtsamen, ebenbürtigen Kommunikationsmodellen
 - fachlicher Spezialisierung in der zweiten Ausbildungshälfte
 - Vergütung und relevanter Mitbestimmung

10. dieBasis sieht den Bedarf einer grundlegenden Hochschulreform. Die universitäre Ausbildung muss kostenlos sein. BAFöG-Regelungen unterstützen die Finanzierbarkeit des Studiums. Die studentische Mitbestimmung sowie die der Angestellten wird gemäß basisdemokratischer Grundsätze massiv ausgebaut.

Die Universitäten erhalten einen eigenen Etat und bestimmen über ihre Inhalte und Forschungen selbst nach ethisch verantwortbaren Kriterien, ohne staatliche oder wirtschaftspolitische Einflussnahme. Bereichert wird wissenschaftliche Forschung durch einen transparenten fach- und fakultätsübergreifenden Dialog. Das verschulte Bologna-System entfällt.

Forschung muss sich am Wohl von Mensch, Tier und Umwelt orientieren. Ergebnisse aus öffentlich geförderten Forschungsprojekten (v. a. in Bezug auf Tiere und Pflanzen) dürfen nicht patentierbar sein.

Die Universitäten sind verpflichtet, alle Forschungsthemen inhaltlich, personell und hinsichtlich ihrer Zielsetzung und Finanzierung zu veröffentlichen.

Forschungen für inhumane Zwecke können durch Abstimmungsmehrheit der Studenten und Dozenten verhindert werden.

Demokratie & Bürgerbestimmung

Demokratie nur mit Gewaltenteilung

dieBasis will der weiteren Demontage der Demokratie nicht tatenlos zusehen und arbeitet an einer funktionierenden Gewaltenteilung und Einführung von Basisdemokratie:

1. Exekutive (Regierung, Polizei, Verwaltung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene) darf nicht weiter mittels „Notstandsverordnungen“ elementare Grund- und Menschenrechte außer Kraft setzen.
2. Legislative (Parlamente) muss Gesetze für die Bürger und auf Basis wissenschaftlicher Fakten erarbeiten (z. B. Fehler im Infektionsschutzgesetz).
3. Judikative (Bundesverfassungsgericht und Gerichte) muss unabhängig sein, die Rechte der Bürger schützen und eine Verfolgung von Regierungskritikern unterlassen.
4. Medien (öffentlich-rechtliche, private Medienhäuser) müssen sich verpflichten, sachliche Informationen aus dem breiten Debattenraum zu veröffentlichen und dürfen keine Angst und Panik mittels aufgeblähter Desinformation schüren.

Freie Medien, denn ohne sie gibt es keine basisdemokratische Veränderung

Eine vielfältige Medienlandschaft ist Voraussetzung für die individuelle und gesellschaftliche Meinungsbildung und somit für eine demokratisch verfasste Gesellschaft unerlässlich. Sie wird einerseits bedroht durch die zunehmende Konzentration von Konzernmedien und Nachrichtenagenturen, andererseits durch staatliche Einflussnahme.

Grundsätze eines neuen öffentlich-rechtlichen Mediensystems

- Ausschließlich die Bereiche Bildung, Information und Berichterstattung sowie Diskussionsveranstaltungen zu öffentlichen Fragen sollten

über Pflichtbeiträge finanziert werden. Unterhaltungsformate und Sportveranstaltungen sind über freiwillige Beiträge zu finanzieren.

- Es erfolgt eine strikte Trennung zwischen Programm und Infrastruktur. Das heißt, die Anstalten stellen Produktions- und Sendefunktion zur Verfügung und sichern die freie Zugänglichkeit zu Angeboten, ohne selbst in die Programmgestaltung einzugreifen. Sie sind nur noch Plattformen ohne eigenen inhaltlichen Gestaltungsauftrag. Eingriffe in freie Medienarbeit durch Medienanstalten finden grundsätzlich nicht statt.
- Zugang zur Infrastruktur der öffentlich-rechtlichen Anstalten stehen grundsätzlich allen Medienschaffenden zur Verfügung, die durch Ausbildung oder langjährige Tätigkeit entsprechende journalistische Qualifikation nachweisen können. Sie dürfen jedoch nicht gleichzeitig überwiegend für privatrechtlich organisierte Medien oder Werbeunternehmen tätig sein. Das schließt zusätzliche freie Tätigkeiten nicht aus.
- Beiträge auf den öffentlich-rechtlichen Plattformen dürfen grundsätzlich nicht gelöscht, gesperrt oder in ihrer Zugänglichkeit beschränkt werden. Sie bleiben in einem Archiv dauerhaft verfügbar. Nur strafrechtlich relevante Tatbestände können die zeitweilige oder dauerhafte Sperrung rechtfertigen. Darüber entscheiden allein unabhängige Gerichte.
- Über die Akkreditierung von Journalisten und die Einhaltung journalistischer Standards wachen Medienräte in Selbstverwaltung. Schwerwiegende Verstöße werden von diesen diskutiert und veröffentlicht. Die Medienräte setzen sich zusammen aus Medienschaffenden, medienwissenschaftlich Tätigen und Mediennutzenden, die gewählt oder per Losverfahren bestimmt werden.

Die Förderung und Öffnung des medialen Debattenraumes, der offene Diskurs schlechthin, ist konstituierend für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Deshalb fordert dieBasis eine konsequente Demokratisierung aller Medien.

- Transparenz und Kontrolle, z. B. digitale Mitbestimmung durch das Publikum.
- Neuausrichtung journalistischer Anreize, z. B. Förderung der Aufrichtigkeit und investigativen Leistung von Journalisten.
- Unabhängige Ausbildungswege, sodass alle Gesellschaftsschichten im Journalismus vertreten sein können.

Wir fordern außerdem eine konsequente staatsferne Besetzung der verantwortlichen Positionen des öffentlichen Rundfunks. Die Rundfunkräte müssen für das Publikum geöffnet und Positionen im Rat durch Los-Demokratie vergeben werden. Bürger und Beitragszahler müssen eine Stimme mit Gewicht in den Aufsichtsgremien erhalten. Alle Gremien der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten tagen öffentlich.

Über Inhalte, Organisation und Vergütung bestimmen die Medienschaffenden oder von ihnen gewählte Organe selbst im Rahmen der öffentlich-rechtlichen (gemeinnützigen) Verfassung und Selbstverwaltung.

Die existenzsichernde Grundvergütung einschließlich sozialer Absicherung der akkreditierten Medienschaffenden wird über einen aus Beiträgen finanzierten Medienfonds gewährleistet. Die Verwaltungsorgane des Medienfonds haben dabei keinerlei inhaltliche oder personelle Entscheidungsbefugnis.

Die Kosten für Verwaltung – einschließlich Unterhaltung der Infrastruktur – dürfen einen festen Prozentsatz des verfügbaren Medienfonds nicht überschreiten.

Werbung darf nicht zu existenziellen Abhängigkeiten führen. Ihr finanzieller Beitrag zum Medienfonds darf die Höhe des Verwaltungsanteils nicht übersteigen.

dieBasis fördert eine Schärfung des Bewusstseins für den Einfluss von Leitmedien und es muss transparent sein, wer auf die Medien Einfluss nimmt. Dafür müssen sämtliche Eigentumsverhältnisse der Medien offengelegt werden.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Mediensystems durch obligatorische Beitragszahlungen ist nur gerechtfertigt, wenn es die Aufgabe erfüllt, eine freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Dazu muss es die unabhängige, sachliche, wahrheitsgemäße und umfassende Information und Berichterstattung sicherstellen.

Finanzierung wird über den öffentlichen Haushalt gewährleistet.

Bundesweite Volksabstimmungen

Bundesweite Volksabstimmungen sind für die Basisdemokratie essentiell. Nur mit freien Medien, die den gesamten Debattenraum darstellen, und mit bundesweiten Volksabstimmungen kann eine Basisdemokratie umgesetzt werden.

Mit der Volksabstimmung können Gesetze und Verordnungen eingebracht oder auch abgelehnt werden.

Senkung der Hürden von Volksbefragungen und Volksabstimmungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene.

Grundvoraussetzung für Volksabstimmungen ist die Veröffentlichung aller Informationen, Fakten und Abstimmungsmöglichkeiten aus dem gesamten Debattenraum in einem freien öffentlich-rechtlichen, aber auch privaten Rundfunk.

Das Erreichen von bundesweiten Volksabstimmungen in Zusammenhang mit einer Verfassungsgebung durch das Volk ist uns wichtig.

Außerparlamentarisch unterstützen wir die Initiative Unsere Verfassung e.V.

Basisdemokratie, wie geht das

Basisdemokratie als direkte Demokratie mit Bürgerparlamenten.

Jeder Bürger kann sich bewerben für eine Wahlliste im Wahlkreis.

Unterstützer-Unterschriften für eine Bewerbung zur Verhinderung von problematischen Fällen müssen pro Kandidaten eingeholt werden.

Es ist wichtig, dass die Bewerber gewisse Kriterien erfüllen, wie z. B. abgeschlossene/s Berufsausbildung oder Studium und Berufserfahrung, wahlweise auch Familienarbeit (Haushalt mit Kindern).

Abgeordnete können aus dem zugehörigen Wahlkreis wieder abgewählt werden. 5 % der Wählerstimmen eines Wahlkreises können ein Misstrauensvotum beantragen und das Votum wird mit einfacher Mehrheit abgestimmt. Danach gibt es kein Anrecht auf weitere finanzielle Vorteile.

Die Abgeordneten haben eine Informationspflicht gegenüber den Bürgern des Wahlkreises und holen sich mit digitaler Abfrage Stimmungsbilder zu wichtigen Abstimmungen des Abgeordneten in seinem Entscheidungsgremium ein.

Abgeordnete haften für Ihre Entscheidungen.

Verpflichtende Teilnahme von Abgeordneten an Abstimmungen.

Keine lebenslangen Bezüge nach der Abgeordnetenarbeit.

Durchsetzung der Subsidiarität: Übergeordnete gesellschaftliche Einheiten dürfen nur solche Aufgaben an sich ziehen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten nicht in der Lage sind.

Digitales & Verkehr

Über der Machbarkeit stehen für dieBasis immer die menschlichen und gesellschaftlichen Grundwerte.

Wir wollen eine Digitaletik, welche die gegenwärtige und die zukünftige Freiheit, Menschenwürde und Lebensqualität von Mensch und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt.

Technischer Fortschritt soll vom Grundsatz geleitet sein, dass „die Technik der gesamten Gesellschaft dient“.

Insbesondere darf Technik nicht dazu dienen, Menschen zu übervorteilen, zu unterdrücken, zu zensieren, zu steuern oder zu kontrollieren.

Eine gesunde Entwicklung des menschlichen Geistes ist uns wichtig, weshalb wir zwischenmenschliche Begegnungen und persönliche Kontakte wertschätzen und unterstützen.

Eine totale Transparenz von Bürgern, die z. B. mit einem universellen digitalen Pass erreicht werden könnte, widerspricht dem Grundgesetz und unseren gesellschaftlichen Werten.

Darüber hinaus schafft sie ein Machtungleichgewicht zugunsten jener, die Zugang zu den Daten haben. dieBasis lehnt dies im Sinne der Machtbegrenzung ab.

Informationelle Selbstbestimmung hat auch im Zeitalter der Digitalisierung grundsätzlich zu gelten.

IT-Souveränität und Netzneutralität

dieBasis fördert deshalb die Souveränität durch selbst kontrollierte, sichere IT für Europa und unterstützt das Projekt Gaia-X, mit dem eine eigene europäische Daten-Infrastruktur aufgebaut werden soll, um die digitale Selbstbestimmung zu sichern. Eine Integration von amerikanischen und

chinesischen Konzernen in das Gaia-X Projekt lehnen wir ab.

Wir sind dafür, Open-Source-Technologien stärker zu nutzen und zu fördern, auch die genossenschaftliche Finanzierung und Organisation von Open-Source-Software.

Produktivitäts- und Wertsteigerungen durch Technik sollen der breiten Bevölkerung zugänglich sein und zu allgemeinem Wohlstand führen.

Dafür braucht es u. a. Netzneutralität, d. h. den Zugang zu Internet und Informationsquellen für jeden Bürger und den Ausbau des schnellen Internets für jeden Haushalt.

Auch Bildungseinrichtungen sollen mit elektronischen Geräten so ausgestattet werden, dass jedem Schüler der Oberstufe ein uneingeschränkter Zugang zu Computern ermöglicht wird.

Keine digitale Überwachung

Digitale Daten sind wertvoll und machen vieles möglich: Anlasslose Überwachung und Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab. Auch Einzelüberwachungen darf es nur mit strenger, staatlich-juristischer Kontrolle geben.

Erstellung von Bewegungsprofilen oder biometrische Überwachung darf es nicht geben.

dieBasis unterstützt daher die Bürgerinitiative gegen biometrische Massenüberwachung.

Das Briefgeheimnis muss auch im digitalen Bereich gelten. Der digitale private Raum darf keinesfalls verletzt werden, auch nicht durch Geheimdienste oder indirekte Zugänge durch „akzeptierte“ Sicherheitslücken.

Eine im Körper verankerte digitale Identifikation oder Speicherung, z. B. für Zugangs- und Schließsysteme, Pass oder Ausweis, lehnen wir ab.

Auch darf es keinen direkten oder indirekten Zwang zu einem solchen Eingriff in den menschlichen Körper geben. Ebenso verbietet sich eine Zensur bzw. die Verhinderung der freien Meinungsäußerung ohne Rechtsverfahren, z. B. durch Uploadfilter.

Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Review- und Zertifizierungsstelle für Datensicherheit, die Software und Hardware – insbesondere das „Internet der Dinge“ – auf Hintertüren und Anfälligkeit prüft.

Digitalisierung begrenzen

Digitale Technik soll der Gesundheit des Menschen nutzen und ihr nicht schaden. So können Techniken zur Behebung oder Kompensation körperlicher Behinderungen das Leben erleichtern oder die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erst ermöglichen. Auf der anderen Seite müssen mögliche Schadwirkungen ebenfalls berücksichtigt werden.

dieBasis fordert deshalb neutrale und unabhängige Untersuchungen, beispielsweise zur 5G-Technologie, sowie Forschung zur Entwicklung garantiert humanverträglicher Übertragungstechnik.

Der Nutzungsgrad von IT und Bildschirmzeit soll sich nach modernen Erkenntnissen der Psychologie und Neurologie richten. Vor allem muss die gesunde Entwicklung unserer Kinder im Vordergrund stehen.

Das bedeutet auch, dass eine Entdigitalisierung – wo förderlich – notwendig sein kann.

Die Vorteile und Gefahren von digitalen Medien müssen in diesem Zusammenhang gerade jungen Menschen frühzeitig vermittelt werden. Wir wollen daher die Medienkompetenz schon ab der Oberstufe stärken, auch bezüglich Datenschutz und Gefahren von sozialen Medien.

Gerade hier soll der negative Einfluss auf geistige Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit stark

beschränkt werden, wie zum Beispiel die Swipe-Funktion in TikTok.

Roboter und Künstliche Intelligenz (KI) sollen dem allgemeinen Wohlstand dienen und nicht zur Verarmung weiterer Bevölkerungsschichten führen oder gar gegen den Menschen gerichtet werden.

Daher fordert dieBasis die Erarbeitung eines gerechten und gleichzeitig technologiefördernden Systems.

Es sollen ethische Grundsätze gelten, zunächst angelehnt an die „Roboter Gesetze“ von Isaac Asimov, die als Sicherheitsmechanismen dienen, um eine zunehmend eigenständig agierende KI unter Kontrolle zu halten.

Zur genauen Definition ethischer Regeln für KI, Roboter und Drohnen soll eine Kommission unabhängiger Wissenschaftler unter Einbeziehung eines Bürgerrats beitragen.

Der Einsatz von selbstständig handelnder KI, Robotern und Drohnen für den Kriegseinsatz bzw. zur Tötung menschlichen Lebens muss ausgeschlossen sein. Wir schlagen vor, die Menschenrechte, ähnlich dem Verbot von Giftgaseinsatz, dahingehend zu erweitern.

Zu einer ethischen Betrachtung gehört für uns auch die Selbstbestimmung über den Grad der eigenen Digitalisierung.

So muss weiterhin ein analoges Leben ohne wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligungen grundsätzlich möglich sein.

Dazu zählt auch die Verpflichtung des Staates zur Annahme und Garantie von Bargeld. Eine Währung muss unabhängig, sicher, anonym und wertstabil sein.

Die soziale Sicherung weist bei Beschäftigten in der Plattformökonomie (wie Uber, MyHammer, Amazon Marketplace oder eBay) oft Lücken auf: Kein Umgehen von sozialer Absicherung durch Internet- und AppPlattformen.

Verkehr

Verkehrswege sind die Lebensadern einer Gesellschaft. Es bedarf der Mobilität zum Austausch von Gütern auf Märkten, Menschen kommen zur Arbeit, zur Schule, in Gesundheitseinrichtungen oder zu sonstigen Aktivitäten wie Familienbesuche oder Sport. Jede Einschränkung von Mobilität bedeutet daher den Verlust an Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben sowie Produktivitätsverluste in der Wirtschaft. Mobilität ist somit eine Voraussetzung für alle anderen Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft.

Ganz besonders in Deutschland trägt der Verkehrssektor aber auch direkt zu Beschäftigung und Wohlstand bei: im Fahrzeugbau und seiner Zulieferindustrie, in Werkstätten für Autos, Busse, Fahrräder und Züge, bei der Planung und dem Bau von Brücken, Straßen, Schienen, Flughäfen und Häfen, aber auch durch Verkehrsdienstleistungen wie Taxis, Car Sharing, Speditionsdienste, Flugabfertigung und so weiter.

dieBasis steht für Mitbestimmung der Bürger. Es gibt kein in allen Einzelheiten ausformuliertes Programm, dieses würde die Entscheidungsfreiheit der Bürger zu sehr einschränken. Wir bieten im Folgenden Leitlinien an, die im Sinne unserer Säulen als Orientierung für alle Entscheidungen im Verkehrssektor dienen können.

Deutschland hat eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Oberste Priorität ist es, diese funktionstüchtig zu erhalten.

Die Instandhaltung von Verkehrswegen ist dabei so durchzuführen, dass der Verkehr nur kurzfristig eingeschränkt wird. Langjährige Baustellen, Schienenersatzverkehre etc. sind zu vermeiden, da sie zu unnötigen Mobilitätseinschränkungen und Staus führen.

Investitionen in neue oder modernisierte Verkehrsinfrastruktur finden vorwiegend im Schienenfernverkehr und im öffentlichen Nahverkehr sowie im Bereich See- und Binnenhäfen und multimodalen Logistikzentren statt.

Betrieb und Bau von Verkehrsinfrastruktur muss weitmöglichst naturgemäß und umweltfreundlich gestaltet werden. Lärm, Luftverschmutzung, Landverbrauch, Versiegelung von Flächen etc. sind zu vermeiden, und eine naturnahe Gestaltung z. B. von Böschungen ist zu beachten.

Investive Maßnahmen mit hohen Effizienzgewinnen bei überschaubarem Mittelbedarf werden bevorzugt. Beispiele sind die Einführung elektrischer Kupplungen im nationalen und internationalen Schienengüterverkehr oder Verkehrsleitsysteme zur besseren Ausnutzung vorhandener Infrastruktur.

Für alle Verkehrssysteme gilt Technologie-Offenheit. Dadurch kann Innovation sichergestellt werden und können Arbeitsplätze im Sektor erhalten werden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Antriebssysteme von Fahrzeugen. Es gilt aber auch für sonstige Innovationen wie autonomes Fahren, Sensorik in der Infrastruktur oder Einsatz von Drohnen in der Transport- und Lagerlogistik.

Subventionen zur Anschaffung von Fahrzeugen des motorisierten Individualverkehrs (E-Mobilität) werden abgeschafft.

Subventionen im öffentlichen Verkehr insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt, aber auch in ländlichen Gebieten, sind erforderlich. Alle Mitbürger brauchen eine bezahlbare Mobilitätsalternative. Eine besondere Förderung gilt mobilitätseingeschränkten Personen (Behinderten) sowie Schülern und Auszubildenden.

Alle Menschen sollen sich sicher fortbewegen können. Jeder Verkehrsunfall ist einer zu viel. Dies erfordert z. B. vom Autoverkehr getrennte Fuß- und Fahrradwege, sichere Gestaltung von Bahnübergängen, verkehrsberuhigte Zonen rund um Kindergärten und Schulen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Alle Menschen sollen sich angstfrei fortbewegen können. Dies gilt insbesondere für Frauen, Kinder und betagte Menschen. Gesundheit und Eigentum von Verkehrsteilnehmern sind zum Beispiel weniger gefährdet, wenn Haltestellen ausrei-

chend beleuchtet sind oder wenn genügend Personal in Zügen, Bussen und an Stationen vorhanden ist, an das man sich wenden kann.

Die Losgrößen bei öffentlichen Ausschreibungen im Verkehrssektor sind so zu gestalten, dass auch mittelständische Unternehmen (Bauunternehmen, Handwerker, Lieferanten, Werkstätten,

Logistikunternehmen, Busbetreiber etc.) eine Chance erhalten, sich zu beteiligen.

dieBasis befürwortet eine stärkere Regionalisierung und die Stärkung des Mittelstandes in der Wirtschaft. Konsequenterweise umgesetzt kann dadurch Verkehr vermieden werden durch kürzere Wege und Logistikketten.

Energie

Europa, insbesondere Deutschland, ist ein rohstoffarmes Gebiet und daher nicht autark. Die Grundversorgung des Landes mit Strom, Wärme und Lebensmitteln ist abhängig von verfügbarer Energie, die in Teilen wiederum vom Import, aber auch einer leistungsfähigen Industrie abhängt. Deutschland kann ohne Energieimport die Versorgung der Bevölkerung von 84 Mio. Menschen nicht gewährleisten, man denke an die industrielle Landwirtschaft, Heizung, Versorgung und Entsorgung.

Ohne Export von Industrieprodukten als Handelsware kann es keinen Import von Rohstoffen und Energie geben. Weiterhin bildet die Industrie einen Grundstein für den Wohlstand in Deutschland.

Neben der Verfügbarkeit von elektrischer Energie spielt auch die Stabilität der Stromnetze eine tragende Rolle. Nach aktuellem Stand der Technik kann elektrische Energie nicht effizient in großen Mengen gespeichert werden.

Energie begegnet uns im Alltag überall, nicht nur in Form von elektrischem Strom, sondern auch als Kraftstoff für Fahrzeuge und Brennstoff zum Heizen.

Als generelle Forderung der Partei dieBasis soll die Energiepolitik den teils konkurrierenden Interessen Preis, Versorgungssicherheit und Umwelt genügen, unter Berücksichtigung von Rohstoffsituation und Sicherheit. Als Zukunftsvision soll das Thema Regionalität, als viertes Interesse, mit einfließen.

E-Mobilität und Verbrenner-verbot

Der Wirkungsgrad von Elektrofahrzeugen ist nur dann hoch (65–70%, im Gegensatz zu 20% für Benzin, 45% bei Dieselfahrzeugen und 27% mit Brennstoffzelle), wenn man nicht berücksichtigt, dass die Batterie des Fahrzeugs auch geladen

werden muss. Zum Laden der Batterien beziehen E-Fahrzeuge ihre Energie zu einem hohen Prozentsatz aus fossiler Energie, was dazu führt, dass der Wirkungsgrad durch Umwandlungsverluste nach aktuellem Stand der Technik geringer ist als bei Verbrennungsmotoren.

Ein Verbrenner-Verbot oder die Sanktion des Betriebs von Verbrennungsmotoren und damit ein Zwang zum Umstieg auf E-Fahrzeuge halten wir daher zum gegebenen Zeitpunkt für einen Irrweg. dieBasis fordert, Veränderungen in der Mobilität nicht zu überstürzen und in kleinen Schritten umzusetzen. In Sachen Mobilität fordert dieBasis Technologieoffenheit.

Erdgas, Kohle- und Öl

Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es keine Alternativen zur Gasversorgung. Erdgaskraftwerke vermögen es zum einen, Lücken in der Stromversorgung zu schließen und somit die Stabilität der Stromnetze abzusichern, sind zum anderen aber als Säule für die Stromversorgung zu kostspielig.

Als Ausnahme sind Gas-Blockheizkraftwerke, gekoppelt mit Wärmespeicherung, sehr effizient und deshalb weniger kostspielig, solange sie noch für die Stromproduktion nötig sind.

Weiterhin wird Erdgas für die Herstellung von Nitratdüngern in der Landwirtschaft benötigt. Beim Einsatz von Erdgas für die Stromerzeugung steigen die Preise für Industrie, Landwirtschaft und Privathaushalte. Gas ist daher als tragende Säule für die Stromerzeugung zu kostbar.

Kohleförderung greift, insbesondere im Tagebau, großflächig in die Umwelt und die Natur ein. Weiterhin ist Kohle als Ressource begrenzt. Kohlekraft kann vorübergehend Versorgungsdefizite decken, hat aber keine weitreichende Zukunftsperspektive.

Öl ist zum einen die Grundlage für Kraftstoffe, zum anderen nicht aus der Herstellung von Kunststoffen, Lebensmitteln und der pharmazeutisch/chemischen Industrie wegzudenken.

Das wesentliche Endprodukt der Verbrennung von fossilen Rohstoffen ist Kohlendioxid, welches nach derzeitiger Erkenntnis keine oder nur eine marginale Rückwirkung (1) auf eine globale Temperaturerhöhung hat. Für eine CO₂-Besteuerung besteht daher keine sachliche Grundlage.

dieBasis fordert daher eine Abkehr von der wirtschafts- und versorgungsschädlichen CO₂-Politik, stattdessen Investitionen in nachhaltige Zukunftsenergien und die Abkehr von Kohlekraftwerken als mittel- oder langfristige Lösung. Zu Erdgas und Öl sieht dieBasis zum aktuellen Zeitpunkt keine Alternativen und fordert daher das Bemühen um günstige Bezugsquellen von Öl und Gas.

Die vorhandenen Rohstoffe sollen sparsam genutzt werden und auch für nachfolgende Generationen erhalten bleiben!

Wind- und Solarenergie

Nur in Regionen, in denen ohne großflächige Zerstörung von Wäldern, Ackerflächen oder Landschaften Wind- oder Solaranlagen entstehen können und eine hohe Ausbeute zu erwarten ist, wie beispielsweise an der Küste oder in Offshore Parks, ergeben diese Sinn, sofern hieraus keine nachhaltigen Schäden für Mensch, Tier, Natur und Umwelt entstehen.

dieBasis fordert: Keine weitere Rodung von Wäldern und keine Verschwendung von landwirtschaftlichen Nutzflächen für Solarfelder und Windkraftanlagen. Weiterhin soll deren Auswirkung auf das Kleinklima erforscht werden.

Kernenergie

dieBasis fordert einen sofortigen Stopp des Rückbaues der Kraftwerke Isar II, Emsland und Neckar-

westheim (2) sowie die schnellstmögliche Wiederinbetriebnahme und völlige Ausschöpfung der Betriebsgenehmigung.

dieBasis lehnt die friedliche Nutzung von Kernenergie nicht grundsätzlich ab. Auf lange Sicht setzt dieBasis auf Zukunftstechnologien, welche die Kernspaltung überflüssig machen.

Wasserstoff

Wasserstoff hat eine wesentlich geringere Energiedichte als Erdgas. Weiterhin muss Wasserstoff energieaufwändig durch Elektrolyse erzeugt werden mit allen Umwandlungsverlusten, bezogen auf das Volumen bei gleichem Druck.

Die großräumige Verteilung von Wasserstoff in Rohrleitungssystemen lehnt dieBasis aus Gründen der Sicherheit und der Effizienz ab.

Als langfristiger Energiespeicher kann Wasserstoff, beispielsweise für Privathaushalte, Gewerbe oder Gemeinden, in Erwägung gezogen werden.

Wasserkraft

Pumpspeicherkraftwerke können kurzfristig Lastspitzen abpuffern. Wasserkraft benötigt zur effizienten Energieerzeugung aber entweder einen hohen Volumenstrom (Flüsse) oder einen hohen Wasserdruck (Wasserkraftwerke in Gebirgen). In einigen Regionen kann Wasserkraft daher Sinn machen, beispielsweise in Gebirgen oder an breiten Flüssen, ist aber als tragende Säule für die Energieversorgung nicht geeignet.

Heizung

dieBasis steht zur Technologieoffenheit beim Thema Heizen und Gebäudeisolation und sagt nicht grundsätzlich Nein zur Wärmepumpe. Aber auf Haus- und Wohnungseigentümer darf kein politischer Zwang zur Innovation ausgeübt werden. Durch Gebäudeheizung darf das Stromnetz nicht übermäßig zusätzlich belastet werden.

dieBasis steht für Aufrichtigkeit in der Berechnung von Wirkungsgraden, Bedarf, Nutzen und Kosten.

Innovative Energieformen

dieBasis ist offen für innovative Reaktortypen, wie beispielsweise Dual-Fluid-Reaktoren oder andere Flüssigsalz- oder Brutreaktoren. dieBasis fordert, dass das Endlagerproblem von radioaktivem Müll mit Hilfe von transmutierenden Reaktoren gelöst wird. Sollte eine Transmutation (3) von radioaktivem Abfall in Hinblick auf geringere Halbwertszeiten nicht möglich sein, so ist das Endlagerproblem unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung zu erarbeiten und zu lösen.

dieBasis fordert mehr Investition in zukunftsorientierte Energiequellen und synthetische

Kraftstoffe sowie verstärkte Forschung diesbezüglich und hinsichtlich der Nutzung von Abfällen zur Energie- und Rohstoffgewinnung. Weiterhin sollte gebietsweise die mögliche Nutzung von Geothermie und Flusswasserwärmepumpen geprüft werden.

dieBasis ist grundsätzlich auch offen für die Erforschung von unkonventionellen Energieformen und Lösungen. Dies bedarf eines genauen Zuhörens aber auch eines kritischen Hinsehens.

Fazit

dieBasis fordert Technologieoffenheit statt Ideologie, ohne die Gefährdung des Industriestandorts Deutschland oder der Versorgungssicherheit.

Hier findest Du das dazugehörige [Quellenverzeichnis!](#)

Entwicklungs & wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Basisdemokratische Partei Deutschland steht für eine gerechte, auf Langfristigkeit angelegte und transparente Entwicklungszusammenarbeit, die sowohl den globalen Süden als auch den globalen Norden stärkt. Wir sind überzeugt, dass die Verbesserung von Partnerschaften auf Augenhöhe und die Förderung von Eigenständigkeit und Nachhaltigkeit der Schlüssel zu einer gerechteren Welt sind.

In Anbetracht der alarmierenden Tatsache, dass immer noch 3,1 Millionen Kinder unter 5 Jahren jährlich an Hunger sterben, halten wir es nach wie vor gerechtfertigt, an dem Ziel 0,7 % des deutschen Bruttosozialproduktes zur Steigerung der Wohlfahrt armer Länder zu verwenden, festzuhalten.

Entideologisierung der Entwicklungszusammenarbeit

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird heute von ideologisierten Vorgaben dominiert. Diese finden sich vor allem in der Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels und der Förderung von Genderpolitik und des Feminismus.

Ideologiesteuernde Programme und Aktivitäten können in ihren Ergebnissen und Auswirkungen in pragmatischer Hinsicht kaum verifiziert werden und es wird immer klarer, dass diese eher schädlich als nützlich für die soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung von Ländern sind. Wirkungen verpuffen, da die Programme oft nicht genügend an den lokalen Kontext und Bedarf angepasst sind.

Die Basisdemokratische Partei fordert eine Entideologisierung der Entwicklungszusammenarbeit. Die Unterstützung und Förderung von gesellschaftlicher Partizipation von Frauen und Minderheiten muss von feministischen und genderpolitischen Richtlinien entkoppelt werden, genauso wie Themen des Umweltschutzes von

der Ideologie des anthropogenen Klimawandels befreit werden müssen.

Darüber hinaus fordern wir eine generelle Überprüfung aller Tätigkeiten in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hinsichtlich ihrer Nützlichkeit und nachhaltigen Wirkungen. Wir plädieren für einen Pragmatismus in der internationalen Kooperation, der konkrete positive Auswirkungen im realen Leben der Menschen vor Ort zum Ziel hat. Der Primat der Entwicklungszusammenarbeit muss die Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Armut in Form der Hilfe zur Selbsthilfe sein.

In dieser Hinsicht muss die internationale Kooperation immer direkt auf die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung eingehen und deren gesellschaftliche Beteiligung garantieren. Nur so können wir eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe gewährleisten.

Bilateralismus statt Multilateralismus

55 % der Gelder der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden heutzutage multilateral vergeben. Die Aktivitäten des Bundesministeriums für Zusammenarbeit (BMZ) verlagerten sich in den letzten Jahren zunehmend auf Aktivitäten innerhalb des Rahmens der von der UNO verabschiedeten Agenda 2030 sowie multilateraler Organisationen.

Spätestens seit der Coronapandemie wissen wir, dass hinter den Worten der Programme mehr steckt als nur scheinbar hehre Entwicklungsziele, nämlich eine fortschreitende Machtzunahme von transnationalen Institutionen, die kaum oder gar keine demokratische Legitimation haben. Die deutsche Entwicklungshilfe darf nicht zu einem Erfüllungsgehilfen der Interessen der USA und im Hintergrund agierender Institutionen verkommen, da dies die Ausschaltung von national legitimierten demokratischen Entscheidungsfindun-

gen bei uns wie in den Empfängerländern fördert.

Die Basisdemokratische Partei fordert, sich von der Agenda 2030 der UNO sowie weiteren globalen internationalen Entwicklungsprogrammen, die demokratisch nicht legitimiert sind, loszulösen. Die multilaterale Arbeitsmodalität in der Entwicklungszusammenarbeit stellt eine Black Box dar, die kaum kontrollierbar ist. Der Schwerpunkt der Mittelzuteilung sollte daher auf der bilateralen Zusammenarbeit liegen.

In diesem Zusammenhang plädiert dieBasis dafür, der Berücksichtigung nationaler Interessen, wie der Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern, Vorrang einzuräumen, ohne andere entwicklungspolitische Ziele wie Minderung von Armut, Sicherung der Grundbedürfnisse, Umweltschutz oder Teilhabe an der globalen wirtschaftlichen Entwicklung zu vernachlässigen.

Verringerung der Zerteilung in der Entwicklungszusammenarbeit

Die Aufteilung der internationalen Kooperation auf das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ) sowie weitere Ministerien und die Trennung von finanzieller und technischer Zusammenarbeit führen zu einer Vielzahl an Akteuren und Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Zerteilung der Bemühungen und Parallelstrukturen beeinträchtigen erheblich die Koordination und Effizienz der Maßnahmen.

Die Basisdemokratische Partei fordert eine Strukturreform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit durch Zusammenlegung von Ministerien wie dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Zusammenarbeit sowie von Durchführungsorganisationen wie der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Langfristige Strategien statt kurzfristiger Projekte

Viele Entwicklungsinitiativen sind auf kurzfristige Erfolge ausgerichtet, ohne langfristige Strategien zu verfolgen. Dabei werden oft Wirkungen versprochen, die völlig unrealistisch sind. Dies verhindert langfristige Veränderungen und führt zu einer Abhängigkeit von kontinuierlicher Unterstützung.

Die Basisdemokratische Partei fordert die Umstellung der Entwicklungszusammenarbeit auf langfristige Strategien und Projektlaufzeiten. Nur so können nachhaltige Resultate in der internationalen Kooperation ermöglicht werden.

Transparenz und Rechenschaftspflicht

An der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird häufig kritisiert, dass finanzielle Mittel nicht effizient eingesetzt werden. Bürokratische Hürden und mangelnde Koordination zwischen verschiedenen Akteuren führen dazu, dass Gelder nicht dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Es fehlt oft an Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Mittelvergabe und bei der Umsetzung von Projekten. Die Wirksamkeit der Projekte wird meist nur zum Projektende von den Projekten und Durchführungsorganisationen selbst gemessen, wenn viele Wirkungen noch gar nicht wirklich gemessen werden können, geschweige denn, dass die Nachhaltigkeit gesichert wäre.

Die Basisdemokratische Partei fordert eine höhere Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Mittelvergabe und bei der Umsetzung von Projekten und die unabhängige Messung und Evaluierung ihrer Wirkungen. Nur so kann das Vertrauen in die Entwicklungszusammenarbeit gestärkt und Missbrauch verhindert werden.

Förderung der Entwicklung aus dem Selbstverständnis der Länder

Entwicklungszusammenarbeit kann nur erfolgreich sein, wenn die Impulse aus den Zielländern selbst kommen. Rein von außen angeschobene Veränderungsprozesse sind hochproblematisch und meist zum Scheitern verurteilt. Die von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geförderten Aktivitäten müssen im Einklang mit Entwicklungszielen stehen, die die Zielländer selbst

für sich erarbeitet haben. Ferner müssen sie besser an die Kapazitäten der Länder und Zielgruppen angepasst sein, damit diese die Programme auch übernehmen und fortführen können.

Die Basisdemokratische Partei fordert, nur solche Projekte im Ausland zu unterstützen, die aus einer eigenen Entwicklungsmotivation der jeweiligen Länder heraus geplant werden. Nur so können Selbständigkeit und Eigenentwicklung in den Partnerländern erfolgen und strukturelle Abhängigkeiten vermieden werden.

Ernährung & Landwirtschaft

Für eine gesunde Landwirtschaft und eine intakte Natur

Ziel der Landwirtschaftspolitik der Partei dieBasis ist die Ernährungssouveränität Deutschlands, d. h. ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad mit allen lebenswichtigen Lebensmitteln, bei gleichzeitigem Erhalt der Ressourcen Boden und Wasser sowie Schutz der Natur und vielfältiger Kulturlandschaften.

Regionale Erzeugung und faire Produktionsbedingungen

Der Partei dieBasis sind regionale Strukturen und eine möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft ein wichtiges Anliegen. dieBasis setzt auf möglichst kleinräumige Strukturen, basisdemokratische Entscheidungen und mehr Eigenverantwortung der Bauern und Verbraucher.

Statt Lösungen „mit der Gießkanne“ von oben sollen vor Ort Landwirte gemeinsam mit den Verbrauchern individuelle Lösungen, z. B. für die Vermarktung und den Umweltschutz entwerfen.

Wir wollen für biologische und konventionelle Landwirte eine wirtschaftliche Perspektive bieten und fordern eine Abkehr von Weltmarkt und Konzerninteressen. dieBasis unterstützt den Aufbau von direkten und regionalen Vermarktungswegen, wie z. B. Hofläden, Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) oder Vermarktungsgenossenschaften (z. B. bei Molkereien), um die Wege zwischen Erzeuger und Verbraucher möglichst kurz zu halten. Dadurch können faire Preise für gesunde, in der Region produzierte Lebensmittel erzielt werden.

Jegliche Initiative in Richtung Eigenversorgung (Kleingärten, SoLaWi, Gartenringe um Städte, Permakulturprojekte, Urban Gardening ...) wird von der Partei dieBasis unterstützt, da die Ernährungssouveränität der Bürger und der Region sowie das Wissen über Anbau und Natur gestärkt werden.

Wir fordern faire Preise für die landwirtschaftlichen Produkte. Außerdem sollten landschaftspflegerische und Naturschutzleistungen direkt vergütet werden.

dieBasis fordert die schrittweise Abkehr vom System der EU-Agrarförderung (Subventionen). Solange das System der Subventionen noch besteht, sind wir gegen weitere Kürzungen für kleinere Betriebe.

Die Flächennutzungsprämien müssen so reformiert werden, dass Kapitalgesellschaften das Interesse an großen, industriellen Landwirtschaften verlieren.

dieBasis fordert, landwirtschaftliche Flächen (Äcker, Wiesen und Weiden) für die Lebensmittelherzeugung zu erhalten. Die in vielen Teilen Deutschlands durchgeführte und die Naturkreisläufe hochgradig schädigende Flurbereinigung, die einst zum Zwecke des landwirtschaftlichen Betriebes mit Großgeräten eingeführt wurde, sollte überdacht werden und die Landschaft wieder kleinräumiger mit Hecken, Streuobst, Baumgruppen und Gewässern gestaltet werden. Der Verbrauch und die Versiegelung von Flächen durch Bebauung muss stark eingeschränkt werden, um die Flächen für Natur und Landwirtschaft nicht noch weiter zu verringern.

Ökologisierung der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft wird in regenerativen und ökologischen Anbau umgewandelt, um einen gesunden Boden mit seinen Mikro- und Makroorganismen aufzubauen und zu erhalten (Humusaufbau).

Die öffentliche Ausbildung an Schulen und Hochschulen wird umgestellt auf Methoden für regenerative und ökologische Landwirtschaft und

Gartenbau. Der Einfluss von Agrarchemiekonzernen auf die Ausbildung von Landwirten muss eingedämmt werden.

Wir fordern langfristig einen Verzicht auf Pestizide, wie z. B. Glyphosat, die auf Mensch und Natur eine schädliche Wirkung haben. Statt Kunstdünger sollten organische Dünger verwendet werden.

Die Erforschung und Anwendung innovativer Methoden, wie z. B. effektive Mikroorganismen, Permakultur, Agroforst etc. soll vorangetrieben und nicht durch bürokratische Hürden behindert werden.

Wir fordern ein nachhaltigeres Wassermanagement: Bei der Entnahme und Nutzung von Wasser muss sichergestellt werden, dass der Grundwasserspiegel und der natürliche Wasserkreislauf erhalten bleiben. Die Belastung des Grundwassers mit Nitrat und Medikamenten aus landwirtschaftlichen Quellen soll reduziert werden.

Wir wollen die Züchtung von samenfesten und angepassten Lokalsorten sowie den Erhalt von alten Kultursorten wieder fördern.

Patente auf die Natur, also Pflanzen, Tiere und Samen darf es nicht geben. Ebenso lehnen wir gentechnisch veränderte Organismen ab. Insbesondere die Genom-Editierung mit neuen Verfahren wie CRISPR/Cas, bei der DNA-Sequenzen gezielt ausgeschnitten oder eingebaut werden und somit Gene mit diesem System ersetzt oder ausgeschaltet werden können, sehen wir kritisch.

Der Wald soll weiter umgebaut werden, hin zu einem Mischwald mit möglichst vielen, vor allem einheimischen Arten, die auch längere Trockenphasen überstehen können. Auch der Naturverjüngung muss genügend Raum gegeben werden. Die Partei dieBasis unterstützt die nachhaltige Waldbewirtschaftung durch Förster und Waldbauern, damit der Wald seinen vielfältigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Funktionen gerecht werden kann.

Entbürokratisierung

Durch immer kompliziertere Regelwerke, wie z. B. die Düngeverordnung, die Verordnungen zum Tierschutz, zu entwaldungsfreien Lieferketten oder zur Flächenförderung, ist ein schwer zu durchblickendes und umzusetzendes Geflecht an Regeln entstanden. Doch der eigentlich beabsichtigte Schutz von Verbrauchern, Grundwasser, Tierwohl oder Biodiversität ist durch immer mehr Verbote und Kontrollen sowie widersprüchliche und sich ständig ändernde Regelungen nicht zu erreichen. Die überbordende Bürokratie hat dazu geführt, dass Bauern immer mehr Zeit mit Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben im Büro verbringen, die ihnen dann für ihre eigentliche Arbeit auf den Feldern und im Stall fehlt. Das führt dazu, dass gerade kleine Bauern zur Aufgabe getrieben werden.

Die Fehl-/Überregulierung und die ausufernde Bürokratie, der die Bauern und Bäuerinnen ausgesetzt sind, müssen zurückgefahren werden. Die Vorgaben der EU sollen nicht durch die Umsetzung auf nationaler Ebene noch komplizierter gemacht werden.

Tierwohl

Industrielle, insbesondere tierquälerische Massentierhaltung soll abgeschafft werden. Billige Einfuhren von tierischen Produkten aus Massproduktion sollen verhindert werden.

Die Tierhaltung soll in einem sinnvollen Verhältnis zur Fläche stehen.

Weidehaltung soll gefördert werden. Tiere sollten, wenn möglich direkt auf der Weide oder auf dem Hof geschlachtet werden, um Lebendtiertransporte über große Strecken zu vermeiden.

Viele Verbraucher und die Partei dieBasis fordern höhere Standards einer artgerechten Tierhaltung. Diese bedingen auch höhere Preise für den gestiegenen Aufwand.

Wir lehnen Impfpflichten und mRNA-Impfungen in der Tierhaltung ab. Homöopathische Anwendungen in der Tierhaltung müssen uneingeschränkt möglich bleiben. Antibiotikagaben in der Tierhaltung sollen weiter reduziert werden.

Verbraucherschutz, Ernährung

Die Politik darf nicht vorgeben, was wir zu essen haben. Wir möchten Rahmenbedingungen schaffen, die es uns ermöglichen, auf industriell gefertigte Nahrungsmittel zu verzichten. Gesunde, wenig verarbeitete Bioprodukte und verantwortungsvoll hergestellte konventionelle Produkte dürfen nicht teurer als mit billigen Zusatzstoffen hergestellte, stark verarbeitete Nahrung aus Massenproduktion sein.

dieBasis ist gegen künstliche Fleisch- und Gemüseerzeugung aus Laboren, Fabriken und 3D-Druckern („Vertikal-Farming“, synthetisches Laborfleisch).

dieBasis fordert eine vollständige Deklaration der Inhaltsstoffe von Lebensmitteln, insbesondere was die Beimischung von tierischen Bestandteilen betrifft (Insekten). Es ist uns wichtig, dass der Verbraucher leicht erkennt, wie das Lebensmittel hergestellt wird, (z. B. Tierhaltung, Gentechnik, Bestrahlung).

Die Mehrwertsteuer auf unverarbeitete Grundnahrungsmittel aus dem Binnenmarkt soll auf Null gesetzt werden. Durch Förderung der Direktvermarktung soll die Verteuerung der Lebensmittel durch Zwischenhandel und Spekulation verringert werden und mehr Erlös beim Erzeuger verbleiben.

Familie, Senioren & Jugend

Bewusstsein schaffen für eine generationsübergreifende, gerechte Gesellschaft

Das Kennzeichen einer Familie ist das Zusammenleben mehrerer Generationen mit einer oftmals tiefen emotionalen Bindung untereinander. Sie ist der geschützte Rahmen, in dem Kinder aufwachsen können und sollen. Wir wollen das Bewusstsein schaffen für eine generationsübergreifende und gerechte Gesellschaft.

dieBasis begrüßt es, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedenen Alters in größeren Gruppen miteinander oder beieinander leben und sich gegenseitig unterstützen. Daher fördert sie generationsübergreifendes Wohnen und Leben, sowohl finanziell als auch rechtlich.

Eltern und Kinder

Die Familie ist besonders schützenswert. In Artikel 6 des Grundgesetzes heißt es: „Die Pflege und Erziehung der Kinder ist das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ dieBasis strebt an, gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Familien zusammenbleiben.

Für Väter und Mütter muss die Erziehung der Kinder wieder ein wesentlicher Inhalt im Familienalltag werden. Den Kindern einen sicheren Rahmen zu bieten, sie mit der Natur und ihrem Umfeld vertraut zu machen und soziales Verhalten zu fördern, ist die Aufgabe der Eltern und weniger die des Staates.

Die Erziehung darf nicht vollständig den beruflichen Karrieren geopfert werden, da es den Kindern nachhaltig schaden würde. Jedes Kind braucht die emotionale Bindung zu den Eltern.

Das Selbstbestimmungsgesetz aus dem Jahr 2024 („Geschlechtsänderung ab 14 Jahren auch

gegen den Willen der Eltern ist durch einfache Erklärung beim Standesamt möglich“) ist unverzüglich zu annullieren. Jugendliche befinden sich in einer sensiblen Lebensphase, in der unumkehrbare falsche Entscheidungen verhängnisvoll sein können.

dieBasis setzt sich dafür ein, dass beide Eltern gleichermaßen unterstützt werden. Um Familie und Arbeit miteinander vereinbaren zu können, sollen sowohl die Mutter als auch der Vater Anspruch auf Teilzeitarbeit (max. 30 Wochenstunden) haben. Die aktuelle Elternzeitregelung sollte beibehalten und weiter staatlich gefördert werden.

Als weitere Maßnahme der Familienförderung befürworten wir, dass Kinder an Schulen mit Ganztagsunterricht generell kostenloses Mittagessen erhalten, welches aus regionalen und saisonalen Produkten zubereitet wird. Eine verpflichtende Ganztagsbetreuung soll es aber nicht geben. Sport, Musik und andere freizeitmäßige Bildungsaktivitäten außerhalb der Schule sollen jedem Kind sowohl zeitlich als auch finanziell ermöglicht werden.

Im Falle einer Trennung der Eltern muss darauf geachtet werden, dass die Kinder nicht übermäßig leiden und nicht einem Elternteil entfremdet werden. Der Kontakt zu beiden Eltern ist für die Kinder wichtig. Daher haben die Eltern auch im Trennungsfall die gleichen Rechte und Pflichten. Ausnahmen sind eindeutig nachweisbare körperliche oder psychische Gewalt oder sexuelle Übergriffe.

Väter- und Mütterverbände und andere Interessensgruppierungen werden von der staatlichen Finanzierung und der Finanzierung durch regierungsnahe Stiftungen wieder herausgenommen und dürfen keine politische Entscheidungskompetenz haben.

Die rechtliche Rolle von Familiengerichten und Jugendämtern muss neu bewertet werden. Deut-

sche Jugendämter sind weltweit führend bei den Inobhutnahmen von Kindern. Wir fordern eine Überprüfung dieser Kindesentnahmen durch ein unabhängiges und nicht staatliches Gremium. Dieses Gremium sollte auch Pflegefamilien und Adoptionen näher beleuchten, ob bei der Vermittlung Kinderhandel vorliegt und ob sie dem Wohl des Kindes entsprechen.

Da es keine verbindliche Definition dafür gibt, was man unter dem „Kindeswohl“ zu verstehen hat, fordern wir eine klare Beschreibung dafür, die dann gesetzlich niedergeschrieben sein soll. Auch Schulen und andere Betreuungseinrichtungen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie dem Kindeswohl gerecht werden.

Jugend

Unsere Jugend wird uns eines Tages nachfolgen. Somit ist es von dringlichster Notwendigkeit, die Jugend vor Schaden in allen Bereichen zu bewahren. Die von den Coronamaßnahmen traumatisierte Jugend braucht unsere politische Hilfe, damit ein verpflichtendes Maskentragen an Schulen und eine Nötigung zu medizinischen Tests oder Impfungen nie wieder vorkommt. Art 1 und 2 GG (die Würde des Menschen und die körperliche Unversehrtheit) sind ohne Einschränkung umzusetzen, genauso wie die anderen Grundrechte.

Eine übermäßige Nutzung von Mobiltelefon und Internet führt zur Entfremdung des Jugendlichen von der Umgebung, der Natur und den Mitmenschen. Nicht nur die Inhalte der Medien sind es, die den Jugendlichen schaden können, sondern auch die gepulste Hochfrequenzstrahlung ihrer Geräte, die oft zu Konzentrationsstörungen führt. dieBasis möchte dafür werben, maßvoll mit den Medien umzugehen und die Jugend zu mehr direktem Kontakt zu ermutigen. Bezüglich WLAN sollen an den Schulen entweder verkabelte Computer oder die neue VLC-Technik (Datenübertragung durch Licht) verwendet werden.

Um die Kreativität jenseits der digitalen Welt zu fördern, bedarf es vielfältiger Freizeitangebote

wie Sportvereine, offene Werkstätten, Jugendgruppen und weitere soziale Kontakte. Diese sind, wie auch die Bildungseinrichtungen, neben den Eltern dafür verantwortlich, den Jugendlichen eine friedfertige und gewaltfreie Kommunikation sowie gegenseitigen Respekt zu vermitteln.

Es ist das Recht der Jugend, Kritik an bestehenden Verhältnissen zu üben und neue Ideen in die Gesellschaft einzubringen.

Senioren

Senioren werden von der Politik und der Gesellschaft oft aufs „Abstellgleis“ geschoben. Dabei verfügen sie über die deutlich größere Lebenserfahrung und jahrzehntelange Fachkenntnisse sowie Berufserfahrung. Genau diese Erfahrungen und dieses Wissen, welche im Moment keinen Platz in unserer Politik und Gesellschaft haben, können eben diese um wichtige Aspekte und Bereiche erweitern.

Die Rente der Senioren muss für ein würdevolles Leben reichen! Gesetzliche Renten sind von allen Abgaben zu befreien. dieBasis fordert darüber hinaus eine deutlich stärkere Unterstützung bei der häuslichen Pflege und beim generationsübergreifenden Zusammenleben.

Insbesondere Senioren haben ein Recht auf ein analoges Leben. Analoge Strukturen in Banken, Behörden, öffentlichen Verkehrsmitteln, Supermärkten etc. müssen dies ermöglichen.

Laut Grundgesetz Art 1 ist die Würde des Menschen unantastbar. Somit müssen alle Menschen auch in Würde altern und sterben können. Dabei sollte Senioren die höchste Wertschätzung entgegen gebracht werden, da sie die Grundlagen unserer momentanen Gesellschaft gebildet haben. Die häusliche Pflege soll in besonderer Weise unterstützt werden. Werden die Senioren in Pflegeeinrichtungen untergebracht, so haben sie ein Recht auf ihre Privatsphäre und müssen in Würde und Selbstbestimmung leben können. Die Pflegeeinrichtungen sind der Marktkapitalisierung zu entziehen und vorrangig staatlich zu finanzieren.

Eine künstliche Lebensverlängerung um jeden Preis ist kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang wird auch das Thema Sterbehilfe gesellschaftlich diskutiert und neu bewertet.

Patientenverfügungen müssen rechtlich bindend sein, es sei denn, der Patient selbst trifft eine andere Entscheidung.

Gesundheit

Die Würde und Unversehrtheit des Menschen sind unantastbar: Die internationalen Konventionen wie der Nürnberger Kodex, die Genfer Konventionen sowie die Artikel 1 bis 19 unseres Grundgesetzes, die dem Schutz des Menschen dienen, gelten für uns nach wie vor. Im Mittelpunkt steht der Mensch als seelisches, körperliches, soziales und geistiges Wesen mit seinem freien Willen. Grund- und Menschenrechte haben bedingungslos zu gelten, auch in Notstandszeiten.

Für ein neues Gesundheitssystem

Der Staat hat in der Gesundheitspolitik eine schützende Aufgabe und lässt aus dem direkten Verhältnis zwischen Patienten und Arzt/Therapeut ein sich frei entwickelndes Therapieverhältnis entstehen, ohne regulierend einzugreifen. Die zunehmende Ökonomisierung der Krankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen durch börsennotierte Konzerne ebenso wie Lobbyismus, z. B. für Pharmakonzerne, lehnen wir strikt ab. Krankenhäuser müssen gemeinwohlorientiert geführt und bedarfsgerecht finanziert werden. Die geplante und vielerorts bereits durchgeführte Schließung von Krankenhäusern, insbesondere von pädiatrischen und geburts-hilflichen Abteilungen, muss gestoppt werden. Der Hippokratische Eid verpflichtet die Ärzte nicht nur, er gibt ihnen auch das Recht, nach eigenem Gewissen zu handeln, auch gegenüber der Politik, der Klinikleitung, der Ärzteverbände, der WHO usw. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Gesundheitsfürsorge und Versorgung im Krankheitsfall, unabhängig von ihrem Einkommen. Diagnostische, therapeutische und präventive Maßnahmen, die für den Therapieerfolg notwendig sind, müssen für jeden unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten zugänglich sein.

Das inhomogene Krankenkassensystem in Deutschland verschlingt sehr viel Geld in seiner Verwaltung, das anderweitig im Gesundheitssys-

tem sinnvoller und effektiver angewandt werden kann. Deshalb muss das Gesundheitswesen neu gedacht werden! Wir fordern Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen existenzgesichert in die öffentliche Hand oder in gemeinwohlorientierte Einrichtungen zu führen. Wir brauchen ein Gesundheitssystem, in dem der Mensch im Vordergrund steht und nicht der Profit. Selbstbestimmung bedeutet Stärkung individueller Gesundheitsentscheidungen mit Hilfe umfassender medizinischer Informationen und Aufklärung. Der Respekt gegenüber dem Patientenwillen, die Freiheit der Arzt-, Heilpraktiker- und/oder Therapeutenwahl, die Freiheit der Therapiewahl und ebenso die Freiheit der Impfentscheidung sind die Grundlage jeder medizinischen Behandlung. Damit übernimmt jeder Mensch Eigenverantwortung für sich und seine Mitmenschen. Wir stehen für Vielfalt in der Medizin. Kleine Hausarztpraxen sind ebenso wichtig wie Gemeinschaftspraxen zu Fachgebieten. Kinder und Ungeborene sind im Gesundheitssystem mit besonderer Vorsicht und Achtung zu betrachten, Klinikzweige, wie die Geburtsstationen, gilt es zu erhalten, ungeachtet ihrer Rentabilität. Geburtshilfe müssen wir uns leisten! Sie sichert den guten Start der nächsten Generation. Therapien, Medikamente und Impfungen sollten einer ausführlichen Nutzen-Schaden-Abwägung unterzogen werden. Aufklärungsgespräche sollten in einem vertrauensvollen und geschützten Arzt-Eltern-Kind-Raum entstehen können, um die bestmöglichen Therapieformen für die Kinder zu erarbeiten.

Die derzeitige Gesundheitspolitik gefährdet Zahn- und Allgemeingesundheit in Deutschland. Bürokratie ist auf das Nötigste zu reduzieren. Ebenso muss die fortschreitende Digitalisierung praxistauglich sein. dieBasis fordert: Keine weiteren Einschnitte in der zahnärztlichen Versorgung! Zeitgemäßer Zahnersatz mit moderner Technologie sollte allen Menschen uneingeschränkt möglich sein.

Wir stehen für eine Reform der Finanzierung des Gesundheitssystems, die öffentlich diskutiert werden muss. Alle Erwerbstätigen – ohne irgendeine Ausnahme – müssen in die gesetzliche Krankenkasse einzahlen. Alle Kranken- und Pflegekassen werden aufgelöst und in eine nicht gewinnorientierte staatliche Kasse überführt. Die Beitragsbemessungsgrenzen werden abgeschafft. Die gesetzliche und staatliche Kasse übernimmt alle zur Heilung und zur Wiederherstellung der Gesundheit der Patienten anfallenden Kosten für alle Patienten. Die Pflege wird von der gesetzlichen Kasse übernommen. Alle Schul- sowie alle alternativen Medizinsysteme werden von der Kasse akzeptiert. Im Falle einer drohenden Insolvenz der staatlichen Kranken- (und Pflege-)Kasse ist der Staat verpflichtet, aus Steuermitteln oder durch Geldschöpfung (z. B. mittels Sondervermögen) einzugreifen, um diese Insolvenz zu verhindern.

Die Apotheken vor Ort müssen erhalten bleiben. Auch das Medizinstudium muss unserer Meinung nach grundlegend reformiert werden. Das derzeitige Symptom-Therapie-Denken auf der Grundlage vorgegebener Leitlinien muss sich wieder einem Verständnis ganzheitlicher Funktionszusammenhänge öffnen, bei dem auch individuelle Besonderheiten des Patienten berücksichtigt werden. Alternative Heilverfahren und Präventivmaßnahmen zur Gesunderhaltung sind in die Ausbildung gleichwertig zu integrieren.

Nein zur Zwangsorganspende! dieBasis lehnt die Widerspruchsregelung, die alle zu Organspendern macht, die nicht ausdrücklich widersprochen haben, ab. Zur Begründung sei hier angemerkt, dass die Definition, ab wann man „tot genug“ ist, nicht ausreichend definiert ist und dem illegalen und korrupten Organhandel Tür und Tor öffnet. Die bisherige Regelung, sei es mit einem Organspendeausweis oder ausdrücklicher Zustimmung für Organentnahme, auch durch Angehörige und durch Patientenverfügung, erachten wir als zielführend und mit dem Respekt vor dem Leben eines jeden Einzelnen für vereinbar.

Der Umgang mit Daten

Jeder Mensch ist Eigentümer und Verwalter seiner personenbezogenen medizinischen Daten. Er allein entscheidet über deren Verwendung und Weitergabe. Gesundheitsbezogene Daten sind ein schützenswertes Gut. Die bestehenden geltenden Datenschutz-Grundverordnungen werden uneingeschränkt umgesetzt. dieBasis setzt sich für die Realisierung der europäischen Charta der Digitalen Grundrechte ein:

Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten, diese dürfen nur nach Treu und Glauben für festgelegte Ziele und mit Einwilligung der betroffenen Person oder auf einer sonstigen gesetzlich geregelten Grundlage verarbeitet werden, einen digitalen Gesundheitsdatenraum lehnen wir ab. Jede Person hat das Recht, Auskunft über die sie betreffenden erhobenen Daten zu erhalten und ggfs. eine Berichtigung dieser Daten zu erwirken. Eine zentrale Erfassung von personenbezogenen Patientendaten für Forschung und Epidemiologie muss höchste Ansprüche des Datenschutzes erfüllen. Die Teilnahme von Patienten an einer solchen zentralen Datenerfassung (z. B. für Registerstudien) bedarf der umfassenden Aufklärung und ausdrücklichen Einverständniserklärung der Betroffenen. dieBasis vertritt eine unabhängige wissenschaftliche Forschung in der Medizin mit Transparenz und Offenlegung von Zielen, Rohdaten und Ergebnissen bei (Dritt-) Mittelvergabe.

WHO

Wir, dieBasis, fordern den Austritt Deutschlands aus der WHO. Die Autonomie der Staaten in Gesundheitsfragen muss erhalten bleiben. Deshalb ist es auch wichtig, die Delegation deutscher Entscheidungshoheit an die EU rückgängig zu machen. Finanzielle und personelle Verflechtungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der WHO und der Pharmaindustrie müssen offengelegt werden. Teilweise privat finanzierte Organisationen innerhalb der WHO dürfen nicht über die Gesundheit der Bürger bestimmen. Die WHO

darf nicht weiter von Kontrolle und Haftung für die negativen Folgen ihrer Handlungsempfehlungen – Medikamente, Impfstoffe, mRNA-Technologien und Behandlungsprotokolle – freigestellt werden. Sie darf weder verpflichtende Impfungen noch Therapien oder Medikamente vorschreiben. Sie soll weiterhin nur die Länder beraten, darf aber keine verpflichtenden Gesundheitsmaßnahmen in den Ländern verordnen und durchführen.

Pflege

Wir treten dafür ein, ethische Gesichtspunkte und die verfassungsrechtlich garantierte Menschenwürde in den Mittelpunkt von Pflegepolitik zu stellen. Hierzu gehört eine gesellschaftliche Wertschätzung, ausgedrückt durch angemessene Bezahlung und eine maßvolle sowie zumutbare berufliche Belastung der Pflegekräfte. dieBasis setzt sich für die Beendigung der Missstände in der Pflege ein. Dazu gehören die Aufwertung aller pflegenden Berufe, das Niveau der Ausbildung und Fortbildung, die Entlohnung und die Erhöhung des Pflegepersonalschlüssels und die Schaffung niveauvoller Arbeitsbedingungen. dieBasis lehnt das „Stopfen der Löcher“ mit ausländischem Fachpersonal ab. Diese werden dringend in ihren eigenen Ländern benötigt. Dies kann nur mit der Schaffung neuer Versorgungsstrukturen gelingen. Eine gute stationäre Versorgung beinhaltet eine fürsorgliche und menschliche Pflege. Daher wollen wir das Gesundheits- und Pflegepersonal durch personelle Aufstockung entlasten. Dagegen müssen Administration und Dokumentation zugunsten der Betreuung zurückgefahren werden: Keine Pflege im Minutentakt! Wir wollen innovative Pflegekonzepte zur Förderung und Unterstützung von Mehrgenerationenhäusern, privater Pflege und Pflegewohngemeinschaften stärken. Der freie Wille des Pflegebedürftigen ist stets zu respektieren und umzusetzen. Daher sind Besuchsverbote grundsätzlich abzulehnen. In jedem Fall muss eine würdevolle Sterbegleitung durch Angehörige oder andere Personen sichergestellt werden. Pflegestufen müssen zügiger bearbeitet und den Angehörigen der Heimpflege mehr fachliche

und kompetente Unterstützung zugestanden werden. Ehrenamtliche Helfer zur Unterstützung der Lebensqualität müssen mehr Wertschätzung erfahren und mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Wer sich freiwillig sozial engagieren möchte zum Wohle von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung, sollte auch soziale Vergünstigungen beim Ausüben seiner Tätigkeit erhalten und nicht noch finanziell ausgebeutet werden.

Hebammen

Die Ausbildung zur Hebamme muss wieder praxisnah erfolgen. Eine reine Hochschulausbildung schafft dies nicht. dieBasis lehnt die Akademisierung des Hebammenberufes ab. Es müssen Lösungen zur Versicherungspflicht (hohe Versicherungslast gefährdet den Berufsstand) für Hebammen erarbeitet werden. Natürliche Geburten und Hausgeburten sollten für alle werdenden Mütter möglich und finanziell gedeckt sein. Krankenhäuser sollen weiterhin für Risikoschwangerschaften und Risikogeburten vorbehalten sein. Hebammen muss es ermöglicht werden, betriebswirtschaftlich arbeiten zu können. Sie sollen weiterhin die physiologische Geburt alleine leiten dürfen und die Hinzuziehungspflicht von Hebammen zu jeder Geburt muss erhalten bleiben.

Für eine freie Impfentscheidung

Eine Impfentscheidung muss stets frei erfolgen. Im Rahmen dessen ist aktuell das Masernschutzgesetz, inklusive der darin formulierten Impf- und Nachweispflicht der M(MR)-Impfung, aufzuheben. Das Masernschutzgesetz greift unverhältnismäßig schwer in das Recht auf körperliche Unversehrtheit (Art 2 Abs 2 Satz 1 GG) ein. dieBasis fordert: Keine Zwangsgelder und Betretungsverbote für Kinder, die nicht gegen Masern geimpft sind, in allen Bundesländern. Keine Mitarbeiterkündigungen aufgrund fehlender Impf- oder Immunitätsnachweise für Masern! Über Kinderimpfungen im Speziellen soll vom Kinderarzt neutral und mit Aufzeigen alternativer

Möglichkeiten aufgeklärt werden, ohne Angst zu schüren. Eine durch Infektionsschutz begründete Einschränkung von Grundrechten darf unter keinen Umständen mehr möglich sein. Bei experimentellen Verfahren, wie der mRNA-Technik (z. B. „Corona-Impfstoffe“), muss eine Risikoaufklärung nach den Kriterien des Nürnberger Kodex erfolgen. Aufgrund der zahlreichen Impfschäden, die nach der massenhaften Injektion der sogenannten Corona-Impfstoffe aufgetreten sind, fordern wir die Überprüfung der Zulassung von mRNA-„Impfstoffen“ durch wissenschaftlich unabhängige Institute. Die Umstellung herkömmlicher Impfstoffe auf mRNA-Technologie lehnen wir ab. Bei der Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen müssen alle Studiendaten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ein sinnvoller Infektionsschutz muss immer dezentral und regional organisiert werden. Wir fordern ein Umdenken in der Überwachung von Impfstoffen, auch nach deren Zulassung! Forschung und Lehre zum Thema Impfen müssen stets unabhängig sein.

Aufklärung der Coronazeit

dieBasis hat die Unrechtmäßigkeit der Corona-Maßnahmen stets kritisiert. Wir setzen uns für eine juristische Aufarbeitung des geschehenen Unrechts und die strafrechtliche Verfolgung der Täter ein. Dies kann zur Befriedung und Überwindung der Spaltung in unserer Gesellschaft beitragen. Impfgeschädigte Patienten müssen gehört, vernünftig behandelt und angemessen entschädigt werden. Das „Impfgeschehen“ muss aufgearbeitet werden. Bei der Zulassung von Medikamenten und Impfstoffen müssen alle Studiendaten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Es darf für die Pharmaindustrie keinen Haftungsausschluss für Medikamente, Impfstoffe und medizinische Produkte geben. Die verantwortlichen Politiker und Amtsträger müssen für vorsätzliche und grob fahrlässige Fehlentscheidungen zur Rechenschaft gezogen werden können. Bei nachweisbaren, bewussten Straftaten sind die Verantwortlichen ob der Straftatbestände anzuklagen. Dazu fordern wir einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss oder eine

Enquete-Kommission¹. Wir fordern komplette Transparenz und Offenlegung der Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie mit Richtlinien zur Vermeidung von Fehlern bei zukünftigen Pandemien sowie ein Konzept zur Einbeziehung der Bevölkerung für künftige Krisensituationen. Wir fordern zudem Rechtschaffung, juristische Aufarbeitung und Strafverfolgung für entstandenes Unrecht und kompromisslose Unterstützung für Patienten mit Nebenwirkungen.

Ein Plus für Alternativmedizin

Die Förderung und Entwicklung ganzheitlicher Versorgungsmodelle mit Ärzten, Heilpraktikern und Therapeuten hilft einem drohenden Mangel an Hausärzten entgegenzuwirken. Heilpraktiker müssen ihren festen Platz in der Gesellschaft und im öffentlichen Gesundheitswesen haben. Alternativmedizin, so auch Naturheilkunde, und Komplementärmedizin sind Grundpfeiler der medizinischen Versorgung. Bei der Reform des Heilpraktikergesetzes sind die großen Heilpraktikerverbände unbedingt zu Rate zu ziehen. Die Honorierung ärztlicher und therapeutischer Leistungen im ambulanten und stationären Bereich soll eine sprechende und patientenzentrierte Medizin fördern, unter Einbeziehung der lediglich notwendigen technischen Untersuchungen und Therapiemaßnahmen. dieBasis steht für ein verfassungsgemäßes Recht auf Naturheilkunde und Alternativmedizin. Naturheilkundliche Verfahren wie Homöopathie, Osteopathie, TCM und andere Verfahren, die im Hufelandverzeichnis aufgeführt sind, durchgeführt von Behandlern mit entsprechender abgeschlossener Ausbildung sowie Heilpraktikern, sollten in den Leistungskatalog der Grundversicherung aufgenommen werden. Ebenso müssen naturheilkundliche Verfahren Anwendung in den Krankenhäusern und mehr Eingang in die schulmedizinische Universitätsausbildung finden.

Ein gesundes Maß an Sport und Bewegung für eine aktive und gesunde Bevölkerung

Wir fordern mehr Schulsport, insbesondere an den immer zahlreicheren Ganztagschulen. Das Spektrum der verschiedenen Sportarten zu vermitteln, muss Aufgabe des Schulsports sein, wobei wir eine Abkehr von der ausschließlichen Benotung der sportlichen Leistung fordern. Der Einsatz von externen Trainern ist dabei zwingend notwendig, um ein Mehrangebot an Qualität und Quantität umzusetzen. Der Staat und die Kommunen haben in erster Linie die Aufgabe, Sportstätten bereit zu stellen und zu erhalten sowie Trainerleistungen und Fortbildungen mit zu finan-

zieren. Besondere Beachtung muss dabei der Schwimmsport finden, da hier Aspekte der Sicherheit und Unfallverhütung eine besondere Rolle spielen. Sport und Bewegung sind wichtige Kulturgüter.

- 1 Enquete-Kommissionen [französisch „enquete“: Befragung, Untersuchung] bereiten Entscheidungen zu umfangreichen und bedeutenden Themen vor. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder ist der Bundestag verpflichtet, eine Enquete-Kommission einzusetzen. Die Mitglieder der Enquetekommission werden im Einvernehmen der Bundestagsfraktionen benannt. Enquete-Kommissionen bestehen aus Abgeordneten und Sachverständigen aus Wissenschaft und Praxis. Sie legen dem Bundestag am Ende ihrer Arbeit Abschlussberichte vor, in denen die Arbeitsergebnisse in der Regel in Empfehlungen für die Gesetzgebung festgehalten sind. www.bundestag.de

Inneres & Heimat

Gelebte Politik bildet das gesellschaftliche Zusammenleben der Bewohner unseres Landes vor dem Hintergrund entsprechend geschaffener Regeln ab. Gesellschaftliche Grundwerte wie das Völkerrecht, Menschenrechte und Grundrechte, sind von ihrem Wesensgehalt unabänderbar. Außerdem sollte es ein verlässliches, transparentes und zeitgemäß abgestimmtes Konzept für das Zusammenleben von Menschen und für das gemeinsame Wirken mehrerer Völker, Nationen und Staaten beinhalten. Der Blick sollte für eine ideologiefreie, pragmatische und grundwertbezogene Politik offen sein. Diese hat von Achtung und Respekt vor der Natur mit allen lebenden Geschöpfen geleitet zu sein. Uns Menschen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

Immigration aufgrund von Art 16a GG

Das Thema Migration umfasst grundsätzlich Ein- und Abwanderungsangelegenheiten aller Menschen, seien es Ein- oder Auswanderer, sogenannte Gastarbeiter, Zuwanderer aus humanitären Gründen oder Asylsuchende.

Zuwanderer aus humanitären Gründen und Asylsuchende haben in den letzten Jahren eine dominierende Rolle eingenommen. Es bedarf dringend einer Entkoppelung des Themas Zuwanderung aus humanitären Gründen von dem Thema Asyl. Das Thema Zuwanderung muss unter dem Gesichtspunkt der Integrationsfähigkeit eines Landes bzw. einer Region betrachtet werden, das heißt auch unter Einbeziehung der in ihr lebenden Herkunftsbevölkerung. Das Kriterium der Not als Ausnahme hat sich seit 2015 dramatisch zugespitzt und wurde, nicht zuletzt aufgrund der offenen innereuropäischen Grenzen, zum Dauerphänomen. Wo aber eine jahrelang bestehende Ausnahmesituation zur Regel wird, ist es höchste Zeit, eine politische Kurskorrektur vorzunehmen.

In der Geschichte hat Migration häufig das Leben bereichert, war aber auch mit Problemen verbunden, denn ohne Frieden, ohne bessere soziale Verhältnisse in der Welt und ohne gerechte Wirtschaftspolitik wird Massenmigration befördert, werden Migranten instrumentalisiert und zum Wirtschaftsobjekt degradiert. Migranten werden zum Feindbild oder zur Konstruktion von Feindbildern herabgewürdigt oder zur Destabilisierung von Regionen missbraucht. Politisches Asyl ist ein im Grundgesetz verbrieftes Grundrecht, welches unberührt zu bleiben hat, dies bedarf keiner Debatte. Einwanderung aufgrund einer Notsituation muss eine politische Sonderentscheidung bleiben, diese hat ihre Grenzen in der Wahrung der Grundrechte der heimischen Bevölkerung, wozu auch die kulturelle Identität und die Bedenken um deren Verlust durch Überfremdung gehören. Wer aufgrund einer Notsituation zuwandert, hat Anspruch auf Bleiberecht an einem zugewiesenen Ort für die Dauer der Prüfung des Asylanspruches – hierfür muss ein durchsetzungsfähiger Rechtsrahmen geschaffen werden. Der rechtliche Handlungsspielraum der Politik ist beim Thema Migration beschränkt und wird seit 2015 durch die Politik weiter verengt. Die Ausnahme wurde zur Regel, weshalb gelten muss: Wer sich auf Art 16a GG beruft, ist in der Nachweispflicht. Die Partei dieBasis fordert menschenwürdige, sozial kompetente und sichere Unterkünfte für Migranten und Asylbewerber – Ghettoisierung fördert Parallelgesellschaften, dem ist entgegenzuwirken. Die Unterbringung darf nicht zu Lasten des Sozialsystems gehen und ist homogen und konfliktfrei in die Regionen einzugliedern. Wir wollen eine Außenpolitik, die auf Frieden, Kooperation und fairen Austausch gerichtet ist.

Flüchtlinge, Asylprüfung und Integration

Jede Gesellschaft fußt auf einem Wertefundament und verpflichtet deren Teilnehmer und jene, die es werden wollen, dieses zu respektieren – Integration ist keine Einbahnstraße und erfordert das

Bemühen von beiden Seiten. Internationale gemeinschaftlich errichtete Prüfzentren, budgetiert von den EU Staaten und mit qualifiziertem Personal ausgestattet, prüfen Asylanträge vor Ort und entscheiden in einem vertretbaren Zeitraum über die anschließend zu ergreifenden Maßnahmen.

Abschiebung und Schutz der Außengrenzen

Straffällig gewordene und verurteilte Migranten sowie abgelehnte Asylbewerber müssen schnellstmöglich in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden.

Offene Staatsgrenzen sowie die Missachtung des Dubliner Übereinkommens (Dublin II) erschweren die effiziente Prüfung des Asylanspruchs und die Abschiebung oder Anerkennung des Asylbewerbers. Des Weiteren wird vielerorts eine zügige Abschiebung praktisch verhindert. Die Partei dieBasis fordert deshalb das Ende der Missachtung des Dubliner Übereinkommens sowie des Art 16a (Abs. 2 bis 5) GG. Weiterhin fordert dieBasis eine Diskussion über die Ergänzung des Art 16a (Abs. 1) – „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ – um folgenden Wortlaut: „Für den Anspruch auf Asylrecht liegt die Beweislast beim Asylsuchenden. Gesetze können, abhängig vom Herkunftsland des Asylsuchenden, Erleichterungen für ein Beweisverfahren regeln.“

Straftaten oder Verbrechen, die durch Migranten begangen werden

Für begangene Straftaten oder Verbrechen ist das Strafrecht konsequent anzuwenden.

Die Partei dieBasis setzt sich dafür ein, dass Verantwortliche in der Betreuung von Asylbewerbern bei Straftaten und Verbrechen in Haftung genommen werden können, wenn sie entgegen bekannter Informationen und gemachter Eindrücke durch eigenes aktives wie passives Verhalten grob fahrlässig weitere Straftaten oder Verbrechen ihrer Obhutspersonen ermöglichen.

Insbesondere bei Deckung bereits abgelehnter Asylbewerber sollen bei nachfolgenden Straftaten oder Verbrechen, deren mögliche deutsche Unterstützer bei der Bestrafung durch Auferlegen einer angemessenen Bürgschaft zur Rechenschaft gezogen und mitbestraft werden können.

Die Partei dieBasis fordert eine Diskussion über die Ergänzung des Art 16a mit folgendem Wortlaut: (Abs. 6) „Wer als Asylsuchender in der Bundesrepublik Deutschland für ein Verbrechen verurteilt wird, verwirkt seinen Anspruch auf Asyl nach Art 16a (Abs. 1) dauerhaft, unabhängig von seiner Straf- oder Schuldfähigkeit.“

Die Partei dieBasis fordert eine Diskussion über die Ergänzung des Art 16a mit folgendem Wortlaut: (Abs. 7) „Ein Richter kann einem Asyl suchenden Straftäter, der in der Bundesrepublik Deutschland wiederholt schwere Straftaten begangen hat, das Recht auf Asyl nach Art 16a (Abs. 1) befristet oder dauerhaft verwehren.“ (Abs. 8) „Wer sein Recht auf Asyl nach Absatz 6 oder Absatz 7 befristet oder dauerhaft verwirkt hat, verwirkt zeitgleich und unverzüglich den Anspruch auf Prüfung seines Asylantrages. Für den Zeitraum des Verwirkens kann keine neue Prüfung auf Anspruch auf Asyl erfolgen.“

Kultur und Sprache vermitteln

dieBasis steht dafür, regionale Traditionen zu wahren und zu schätzen und gleichzeitig Toleranz gegenüber anderen Kulturen aufzubauen. Interkulturelle Veranstaltungen sollen gefördert werden, um Vorurteilen entgegenzuwirken und um die eigenen Traditionen zu vermitteln. Bildungs- und Erziehungseinrichtungen mit inklusiven Angeboten sollen gefördert und den Anforderungen entsprechend ausgestattet werden. Kurse, die dem Erlernen der deutschen Sprache und der Vermittlung der regionalen Kultur dienen, sollen Migranten und Asylbewerbern angeboten werden.

Politik, Verwaltung, Versorgung und Sicherheit – Lobbyismus und Korruption

dieBasis sieht Interessenkonflikte, Lobbyismus und Korruption als zentrale Probleme der aktuellen politischen Landschaft und will politische Entscheidungen durch die Bürger selbst zum Wohle aller durchsetzen. dieBasis spricht sich gegen Doppelmandate aus, zum Beispiel politisches Mandat und gleichzeitige Tätigkeit in der freien Wirtschaft. Die Freiheit der Forschung und Lehre müssen Allgemeingut sein und Zuwendungen dürfen nicht an eine Erwartungshaltung gebunden sein – Der Staat hat sich auf seine Kernkompetenzen zu beschränken: Verteidigung, Grenzschutz, Bundespolizei, Justiz, Diplomatie, Finanzen, Infrastruktur, Umwelt, Katastrophenschutz. Die Amtszeit der Ministerpräsidenten soll begrenzt werden. Länderparlamente sollen gestärkt werden, Länder und Kommunen erhalten Steuerhoheit, das Prinzip der Subsidiarität ist zu bewahren und konsequent umzusetzen. dieBasis steht für einen massiven Verwaltungs- und Bürokratieabbau, die Verwaltung muss modernisiert werden. Die kommunale Grundver- und Entsorgung (z.B. Gas, Strom, Wasser, Abfall) soll von öffentlicher Hand betrieben werden, Allgemeingut wie Wasser, Boden, Luft und Infrastruktur soll in öffentlicher Hand bleiben – insbesondere sind Wasser und Luft keine Wirtschaftsgüter. Der Bundesnachrichtendienst, der Verfassungsschutz in Bund und Ländern sowie der MAD sollen dem Schutz der Länderverfassungen und des Grundgesetzes dienen, nicht einer politisch/ideologischen Agenda.

Kulturelle Förderung

Die Partei dieBasis setzt sich ein für eine reichhaltige kulturelle Infrastruktur, umfassende Bildungsangebote und eine gute Gesundheitsversorgung, unabhängig von der wirtschaftlichen Rentabilität. Bildung und Kultur bleiben Ländersache, die Aufgaben des Bundes beschränken sich auf die Setzung eines Rahmens.

Arbeitswelt öffnen, Barrieren abbauen

dieBasis setzt sich dafür ein, dass die berufliche und gesellschaftliche Integration von behinderten Mitmenschen ein Zugewinn für alle Beteiligten ist. Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung einstellen, sollen Vergünstigungen oder Zuschüsse erhalten. Inklusive Einrichtungen, wie z. B. Behindertenwerkstätten, sollen gefördert werden. Die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung soll weiter ausgebaut werden.

Sport

Sport ist von essentieller Bedeutung für die Gesundheit und das soziale Miteinander, im Sport erleben wir Integration und Fairness und bekommen ein Gefühl für Regelbewusstsein und Mannschaftsgeist.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Der Begriff Bevölkerungsschutz bezeichnet zusammenfassend alle Aufgaben und Maßnahmen des Bundes im Zivilschutz sowie die Aufgaben und Maßnahmen der Kommunen und Länder im Katastrophenschutz. Diese sind aktuell geprägt von Unübersichtlichkeit der Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie von künstlich geschaffener Personalnot und Etatkürzungen.

Die Partei dieBasis steht für folgende Punkte:

- Gegen die Zweckentfremdung der dringend benötigten Mittel für den Schutz der eigenen Bevölkerung und für die angemessene Bereitstellung finanzieller Mittel statt der Verwendung von Geldern für Kriegszwecke.
- Überwindung ausschließlicher Länderverantwortung/Länderkompetenzen.
- Für die Schaffung von mehr Personalkompetenzen und Personalressourcen im Aufgabenbereich Katastrophenschutz.

- Für eine Garantie (durch Gesetze/Verordnungen) für die Funktionalität der Meldekettens im Katastrophenschutz als bundeseinheitliche bzw. länderübergreifende Sicherheitsgrundlage.
- Für die Schaffung von geeigneten und ausreichenden Meldesystemen für den Bevölkerungsschutz.
- Gegen einen Sparzwang im Bereich Katastrophenschutz für Feuerwehr, THW, DRK u. a. kooperierende Partner.

Internationale Beziehungen

Die Basisdemokratische Partei Deutschland steht für eine deutsche Außenpolitik, die in erster Linie durch Neutralität und die Erhaltung des Friedens geprägt ist. Nur eine Politik, die das Verständnis für andere Nationen und deren Kulturen pflegt, die immer den Dialog sucht und die den Respekt vor dem Völkerrecht als Grundlage des zwischenstaatlichen Miteinanders garantiert, kann unsere internationalen Beziehungen für uns selbst und andere positiv gestalten.

Diplomatie

Diplomatie ist essenzieller Gegenstand des zwischenstaatlichen Austausches. Sie ist der pragmatische Teil der internationalen Beziehungen, bei der es nicht, wie in der Politik, um das Erschaffen von Möglichkeiten zum kollektiven Handeln geht, sondern um das Schließen von Verträgen und Abkommen mit anderen Staaten und internationalen Organisationen. Im besten Falle werden Einigungen erzielt, die für alle Beteiligten Vorteile bringen, im schlimmsten Falle müssen Übereinkommen angestrebt werden, um offen ausgetragene Konflikte zu verhindern oder zu stoppen. Diese können auch temporäre Zwischenlösungen darstellen, um Zeit zu gewinnen und damit kurzfristig Gewalt zu vermeiden. Den Satz, „mit der Gegenseite kann man gar nicht verhandeln“, gibt es in der diplomatischen Kultur nicht.

In den letzten Jahren hat die politische Seite der deutschen internationalen Beziehungen die diplomatischen Aspekte immer mehr überdeckt. Diese politische Seite ist obendrein dominiert von Moralismus, Sendungsbewusstsein, Wertekolonialismus, Angstmacherei vor vermeintlich globalen Katastrophen, einem fehlgeleiteten Verständnis von Liberalismus und einer Souveränitätsaufgabe zu Gunsten der Interessen der US-amerikanischen Außenpolitik. Die Grundbedingungen der deutschen Außenpolitik haben sich derart verhärtet, dass diese kaum noch diplomatisch verhandelbar sind. Diese Umstände führen,

wie wir jetzt deutlich sehen können, zu Konflikten und Gewalt.

Die Basisdemokratische Partei fordert eine Rückkehr zu einer diplomatischen Kultur in Deutschland, die auf die Verhinderung von Polarisierungen und die Eindämmung von Eskalationen auf internationaler Ebene ausgerichtet ist. Andere Staaten und deren Bevölkerungen und Vertreter müssen von der deutschen Außenpolitik wieder als ebenbürtig wahrgenommen werden, um Gespräche auf gleicher Augenhöhe führen zu können.

Völkerrecht

Der Leitfaden der derzeitigen deutschen Außenpolitik ist die „Internationale Regelbasierte Ordnung“. Dieses vermeintliche Rahmenprogramm hat jedoch keine genauer definierten juristischen Bezugspunkte und unterliegt vor allem moralischer Willkür und politischen Konjunkturen, die sich nach Belieben ändern können. Es ist ein Mittel der westlichen Staaten, allen voran der USA, um Macht auf andere Länder ausüben zu können.

Die „Regelbasierte internationale Ordnung“ ist weder international anerkannt, noch fußt sie auf klaren Regeln und schafft somit auch keine Ordnung. Die Basisdemokratische Partei fordert daher, sich von diesen machtpolitischen Vorgaben so schnell wie möglich abzuwenden und stattdessen vollumfänglich auf dem Völkerrecht, als dem einzigen international verbindlichen Regelwerk, zu bestehen.

In dieser Hinsicht sollte die deutsche Außenpolitik davon absehen, anderen Staaten bedingungslose Unterstützung zuzusichern, nur weil diese vermeintlich gemeinsame Werte verteidigen. Wenn wir der Welt und uns selbst zeigen wollen, dass Deutschland etwas aus seiner Geschichte gelernt hat, sollten wir auf der Einhaltung von allgemein anerkannten internationalen Regeln

bestehen, die vor allem im Völkerrecht und in den allgemeinen Menschenrechten zu finden sind. Dies sollten wir natürlich auch von unserer eigenen Regierung einfordern.

Multilateralismus

Die deutsche Außenpolitik hat, vor allem seit der Wiedervereinigung, stark auf die Beteiligungsmöglichkeiten des Multilateralismus gesetzt. Durch die Einbindung in eine institutionalisierte internationale Kooperation wollte Deutschland Vertrauen in der Welt schaffen.

Die Einflussnahme einzelner Staaten, international wirkender Konzerne, Stiftungen und Geldgeber hat den Multilateralismus vieler internationaler Institutionen völlig korrumpiert. Durch die Umsetzung partikulärer Interessen werden supranationale Organisationen zu Erfüllungsgehilfen des Unilateralismus der USA und der Macht- und Geldinteressen von Institutionen, die im Hintergrund agieren.

Die Basisdemokratische Partei plädiert dafür, dass sich Deutschland vehement für Reformen von internationalen Organisationen einsetzt, die eine vollumfängliche multilaterale Kultur ermöglichen. Das bedeutet, dass überstaatliche Institutionen zu wirklichen internationalen Koordinationsräumen werden, in denen Staaten politisch gleichberechtigt, selbstbestimmt und transparent arbeiten können, um gemeinsame Ziele zu erreichen oder grenzüberschreitende Probleme zu lösen. Lobbyismus und Versuche der indirekten Einflussnahme von Seiten Dritter müssen durch institutionalisierte Regeln und Vorgaben unterbunden werden.

Internationale Institutionen, die reformunfähig sind und die der Sicherheit und den Interessen der deutschen Bevölkerung zuwiderlaufen, sollten umgehend verlassen werden.

Europäische Union

Die vorangegangenen Überlegungen gelten natürlich ebenso für die Europäische Union. Hier erleben wir eine fortschreitende Entmündigung und eine Schwächung nationaler Souveränitätsrechte bei gleichzeitiger Verlagerung der Entscheidungsmacht auf von Lobbyisten unterwanderte, undemokratische, nicht gewählte EU-Institutionen.

Durch die unmittelbare, massive militärische Unterstützung der Ukraine und Nähe zur NATO wird die EU zur Konfliktpartei und das eigentliche „Friedensprojekt Europa“ gefährdet.

Die Basisdemokratische Partei fordert eine tiefgreifende Neuordnung der Europäischen Union, unter den Prämissen der Basisdemokratie, der gelebten Subsidiarität der Förderung von regionalen Entscheidungsstrukturen und der Friedensvermittlung. Dass die Bevölkerungen in der EU gehört und nicht länger bevormundet werden, ist bei den aktuell hochbrisanten EU-Themen unumgänglich.

Multipolarität

Der Niedergang der USA als hegemoniale Weltmacht ist offensichtlich. Wir streben auf eine multipolare Weltordnung zu. Eine solche Ordnung neigt jedoch zur Instabilität und muss durch gut funktionierende übernational koordinierende Institutionen immer wieder in ein Gleichgewicht versetzt werden, damit nicht das Recht des Stärkeren regiert.

Dafür bedarf es vor allem bei den Vereinten Nationen, und insbesondere in deren Sicherheitsrat und in der Generalversammlung, tiefgreifender Veränderungen. Die permanenten Sitze im Sicherheitsrat, deren Länder obendrein ein Vetorecht haben, sollten abgeschafft werden. Darüber hinaus sollte die Generalversammlung, in der alle Länder immer vertreten sind, legislative Kompetenzen erhalten.

Das Erstarken der BRICS-Staaten und ihre zunehmende Kooperation untereinander und Ausdehnung auf andere Länder sollte der westlichen Welt zeigen, dass sie über keine internationale Führungsmacht mehr verfügt. Wir sollten diesen Umstand besser heute als morgen einsehen und annehmen, gerade in Anbetracht der Tatsache, dass allein China und Indien ca. ein Drittel der Weltbevölkerung darstellen und beide Länder enorme wirtschaftliche Aufschwünge erleben.

Die Basisdemokratische Partei fordert eine Abkehr von der Hegemonialpolitik der USA, hin zu einer souveränen deutschen Außenpolitik, die

sich in erster Linie durch eine weltweite Öffnung auszeichnet. Insbesondere zu denjenigen Staaten, die in Zukunft eine größere Rolle auf der internationalen Bühne spielen werden, wollen wir stabile und freundschaftliche Beziehungen pflegen. Das Aufstreben dieser Länder durch feindseliges Verhalten unsererseits aufhalten zu wollen, lehnen wir ab, genauso wie wir alle Sanktionen oder Embargos gegen jegliche Drittstaaten ablehnen. Die deutschen internationalen Beziehungen sollten durch Völkerverständigung und den Brückenbau zwischen Kulturen, Nationen und Staaten gekennzeichnet sein.

Justiz

dieBasis lehnt das bestehende Beamtentum ab. Stattdessen sollen alle Mitarbeiter in Justiz und Verwaltung kündbare Angestellte werden. Anzahl und Verteilung der Mitarbeiter wird durch Bürgerräte und Vertreter des jeweiligen Verwaltungsbereiches auf der entsprechenden Organisationsebene (Großstadt, Stadt, Kreis, Bezirk, Land, Bund) bestimmt und an die jeweiligen Anforderungen angepasst. Die Mitarbeiter werden staatlich entlohnt, orientiert an den Einkommensverhältnissen der Bürger. dieBasis will mit den folgenden Vorschlägen die Unabhängigkeit von Justiz, Staatsanwaltschaft und Verwaltung sichern und Missbrauch erschweren.

Bürgergerichte und Berufsgerichte

dieBasis ist für die Einrichtung von Bürgergerichten: Unter Leitung eines Juristen, der jedoch kein Amt als Richter oder Staatsanwalt bekleidet, werden für geringfügige Verfahren, z. B. bis 600 EUR oder Diebstahl geringer Werte, Bürgergerichte eingerichtet. Neben dem Juristen entscheiden zwei Bürger über den Fall, alle mit gleichem Stimmrecht. Im Wechsel haben die Juristen eines Amtsgerichtsbezirks eine bestimmte Anzahl von Stunden im Monat für die Leitung der Verfahren zur Verfügung zu stellen. Die am Bürgergericht tätigen Bürger werden vom Bürgerrat der jeweiligen Organisationsebene befristet gewählt. Juristen und Bürger erhalten die gleiche Aufwandsentschädigung.

Andere Verfahren werden durch Gerichte mit Berufsrichtern geführt. Richter sind vollkommen unabhängig. Ein Wechsel zur Staatsanwaltschaft ist ausgeschlossen. Zwischen den Organisationsebenen besteht Durchlässigkeit. Richter werden durch einen im Losverfahren bestimmten Ausschuss von Richtern unterschiedlicher Organisationsebenen (Richterausschüsse) bestellt, abberufen und befördert. Für spezielle Verfahren gibt es unabhängige und zur Anklageerhebung autorisierte Ermittlungsrichter, die ebenfalls durch

einen Richterausschuss berufen werden. Das Tätigwerden eines Ermittlungsrichters kann von Bürgerräten veranlasst werden.

Richter dürfen sich nicht politisch oder selbst wirtschaftlich betätigen. Wollen sie dies, so müssen sie ihr Richteramt niederlegen. Danach ist eine Rückkehr in den Richterstatus oder eine Tätigkeit als Staatsanwalt ausgeschlossen. Richter haben vollständige Transparenz hinsichtlich ihres sozialen Umfelds (Verwandtschaftsverhältnisse, Vereine, unpolitische Gruppierungen) zu schaffen. Falls die Forderung eines Verbots wirtschaftlicher Betätigung nicht umgesetzt wird, hat eine Offenlegung zu eigenen Geschäften, Beteiligungen an Unternehmen ab einer gewissen Größenordnung usw. zu erfolgen. Verstöße werden geahndet. Richter haben Anspruch auf eine staatliche Pension.

Staatsanwaltschaft

Staatsanwälte sind unabhängig von externen Weisungen. Ein Wechsel zur Richterschaft ist ausgeschlossen. Zwischen den Organisationsebenen besteht Durchlässigkeit. Bestellung, Abberufung und Beförderung geschieht durch einen im Losverfahren bestimmten Ausschuss von Staatsanwälten unterschiedlicher Organisationsebenen. Staatsanwälte dürfen sich nicht politisch oder selbst wirtschaftlich betätigen. Wollen sie dies, so müssen sie ihre Tätigkeit als Staatsanwalt beenden. Eine Rückkehr in die Staatsanwaltschaft oder eine anschließende Tätigkeit als Richter ist nicht möglich.

Sie werden aufgrund eigener Erkenntnisse oder aufgrund von Anzeigen tätig. Ermittlungsrichter können ihr Tätigwerden anfordern. Die Staatsanwaltschaft wird von Polizeikräften unterstützt. Um Eingriffe in Bürgerrechte vorzunehmen, bedürfen sie – von Notfällen abgesehen – immer einer richterlichen Entscheidung. Sie haben die Pflicht, bei aus ihrer Sicht bedenklichen Rechtsvorschriften oder Anweisungen von Ermittlungs-

richtern zu remonstrieren und dürfen nicht tätig werden, wenn ihre Bedenken nicht ausgeräumt werden. Eine Sanktion dieser Entscheidung ist ausgeschlossen. Staatsanwälte haben Anspruch auf eine staatliche Pension.

Verwaltung

Mitarbeiter der Verwaltung oder Polizei (nachfolgend Verwaltung) werden nach erfolgreicher Ausbildung durch einen im Losverfahren bestimmten Ausschuss von Mitgliedern ihres Verwaltungsbereiches unterschiedlicher Organisationsebenen bestellt, abberufen und befördert. Sie haben die Pflicht, bei aus ihrer Sicht bedenklichen Rechtsvorschriften zu remonstrieren und dürfen nicht tätig werden, wenn ihre Bedenken nicht ausgeräumt werden. Eine Sanktion dieser Entscheidung ist ausgeschlossen. Sie haben Anspruch auf eine staatliche Pension.

Kontrollinstanz

Die Tätigkeiten aller Mitarbeiter der vorgenannten Berufsgruppen werden auf Antrag durch Bürgerräte, und gegebenenfalls ergänzt von durch Los bestimmten Fachkundigen, beurteilt. Bei Beanstandungen sind durch Los bestimmte Funktionsträger eines anderen Verwaltungsbereiches (z.B. bei Staatsanwälten durch Richter, bei Richtern durch Staatsanwälte, bei Polizei durch Richter oder Staatsanwälte etc.) aus der entsprechenden Organisationsebene hinzuzuziehen, um die sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen. All diese Menschen sind dem Wohl der Gemeinschaft, der Gerechtigkeit gegenüber dem Einzelnen und der eigenen Machtbegrenzung – im Sinne einer Verhinderung von Machtmissbrauch – verpflichtet.

Frieden & Sicherheit

Die Partei dieBasis steht für eine aktive Friedenspolitik, denn ohne Frieden gibt es keine Sicherheit. Interessenkonflikte dürfen nur diplomatisch, nicht durch Krieg ausgetragen werden. Das Militär löst keine Konflikte. Im Fall von Interessenkonflikten müssen gleiche Maßstäbe für alle Sicherheitspartner gelten und die Regeln der Vereinten Nationen sowie des übrigen Völkerrechts angewandt werden. Dabei hat die Menschenwürde immer Vorrang vor wirtschaftlichen und sonstigen Interessen.

Wir fordern eine Verpflichtung zur Friedenswahrung sowie eine dahingehende Ergänzung des Strafgesetzbuches, wonach friedensstörende Handlungen stets unter Strafe gestellt werden (entsprechend Artikel 26 des Grundgesetzes hinsichtlich Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker). Die Verantwortlichen in Bundeswehr und Parlament müssen bei Nicht-Einhaltung von Gesetzen und Gerichtsurteilen persönlich haftbar gemacht werden. Wir lehnen auch jegliche Form von Geheimarmeen und Geheimverträgen ab, weil diese den Frieden gefährden können. Stattdessen muss die uneingeschränkte parlamentarische Kontrolle aller Maßnahmen sichergestellt werden.

Ebenfalls im Sinne von Artikel 26 des Grundgesetzes muss auch die Mitwirkung an Angriffskriegen – sei es im Rahmen der NATO oder anderer Koalitionen – sowohl direkt durch die Bundeswehr als auch z. B. durch Medieneinfluss verhindert werden. Hierzu zählt auch, dass das Konstruieren und die mediale Verbreitung falscher Kriegsgründe sowie Kriegspropaganda wirksam unterbunden werden müssen. Es darf keinerlei Maßnahmen zu Lasten der Sicherheitsinteressen anderer Staaten geben.

Die Partei dieBasis tritt dafür ein, dass die Bundeswehr, gemäß Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, wieder zu einer reinen Defensiv-Armee umgerüstet wird. Im Zwei-plus-Vier-Vertrag erklärt Deutschland, dass von seinem Boden nur Frieden ausgehen wird. Wir sind dagegen, dass

der Bundeswehr 100 Milliarden Euro als „Sondervermögen“ zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern die Ächtung aller ABC-Massenvernichtungswaffen sowie den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag. Um das Risiko eines Einsatzes von Atomwaffen angesichts immer kürzerer Vorwarnzeiten durch hyperschnelle Trägersysteme zu mindern, unterstützt dieBasis die Schaffung eines gemeinsamen internationalen Frühwarnzentrums mit Datenaustausch in Echtzeit als kurzfristige Initiative.

Um das Risiko eines Einsatzes von Atomwaffen angesichts gekündigter Verträge zu mindern, unterstützt dieBasis die Neubelebung des Vertrags Open Skies (Treaty on Open Skies) und Gespräche über Abrüstung als mittelfristige Initiative.

Die Partei dieBasis setzt sich dafür ein, dass Deutschland neutral wird. Deshalb befürwortet sie die Forderung nach Kündigung des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (auch Truppenstationierungsvertrag genannt) und den Austritt Deutschlands und der anderen NATO-Mitglieder in Europa aus der NATO. Gemäß Zwei-plus-Vier-Vertrag ist Deutschland seit 1990 innen- und außenpolitisch souverän. Demgemäß sind NATO-Austritt (mit Jahres-Frist) und Kündigung des Stationierungsvertrags (mit zwei Jahren Frist) möglich. Damit würde die Kriegsmaschinerie von USA und NATO innerhalb von zwei Jahren aus Deutschland verschwinden – darunter die US-Atomwaffen, militärische Einrichtungen wie EUCOM, AFRICOM, die US-Kriegsdrehzscheibe Ramstein sowie das 2021 reaktivierte 56. Feldartillerie-Kommando der USA in Mainz-Kastel, über das – wie in den 1980er-Jahren – Raketen zum Einsatz gebracht werden können, die Moskau in wenigen Minuten erreichen und „enthaupen“ können (heute u. a. Dark-Eagle-Hyperschallraketen). Auch die für 2026 angekündigte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen wäre verunmöglicht.

Die Partei dieBasis wendet sich gegen das Schüren von Feindbildern. Feindbilder dienen der psychologischen Vorbereitung auf Kriege. Deshalb sind Formulierungen, in denen z. B. in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine NATO-konform vom „brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands“ bzw. „Putins“ oder gemäß israelischer Propaganda vom „islamistischen Terror der Hamas“ gesprochen wird, zu verurteilen. Es muss darum gehen, aktiv am Abbau derartiger Feindbilder mitzuwirken. Dazu gehört auch, dass in den Schulen die Indoktrination durch die Bundeswehr unterbleibt.

Die Partei dieBasis wendet sich gegen Krieg in all seinen Formen – den militärischen wie auch den mit wirtschaftlichen, biologischen und psychologischen Mitteln geführten (Stichwort: hybride Kriegsführung). Das trifft auch auf den im Rahmen der Corona-Pandemie-Operation gegen große Teile der Menschheit geführten Krieg zu. Auch die Operationen „Klima“ und „Einführung einer digitalen Zentralbank-Währung“ sind Formen des Krieges gegen die Menschen, gegen die es einzuschreiten gilt.

Umwelt & Naturschutz

Die Partei dieBasis steht für Mitbestimmung der Bürger – es gibt kein in allen Einzelheiten ausformuliertes Programm, dieses würde die Entscheidungsfreiheit der Bürger zu sehr einschränken – wir bieten Leitlinien an, die im Sinne unserer Säulen als Orientierung für alle Entscheidungen dienen.

Der Mensch ist Teil der Umwelt. Er ist das einzige Lebewesen, was sich von den ewigen, sich verändernden Kreisläufen der Natur emanzipiert hat. Dabei wird oft vergessen, dass der Mensch die Umwelt zum Überleben braucht, umgekehrt dies aber nicht gilt. Wir wollen als dieBasis für den Kontakt und die Fürsorgepflicht zur Umwelt einstehen.

Wir achten und bewahren die Schöpfung.

Wir wollen ein gesundes Leben im Einklang mit der Natur, mit stabilen Ökosystemen mit großer Artenvielfalt.

Umwelt- und Tierschutz

dieBasis setzt sich für eine artgerechte Haltung von Tieren und den Tierschutz ein. Die aktuellen Standards reichen teilweise bei Weitem nicht aus.

Tierversuche sollen auf ein absolut notwendiges Maß beschränkt werden. Ergebnisse von bisherigen Tierversuchen sind einsehbar zu gestalten, um beispielsweise ähnliche, neue Tierversuche im selben Bereich zu vermeiden.

Bedrohte Tierarten sollen besser geschützt werden. Durch Raubbau wie z. B. Braunkohleförderung und massive landschaftliche Eingriffe für industrielle Produkte verlorene Lebensräume sollen, wo immer möglich, wieder sorgsam renaturiert werden.

dieBasis setzt sich für die Optimierung von Personen- und Gütertransporten durch die Nutzung aller bestehenden Transportwege (Wasser, Schiene, Straße) ein.

Der Ausbau alternativer Energie ist ingenieurtechnisch und unter Bürgerbeteiligung zu fördern. Rein monetäre Motive sind abzulehnen.

Die Ausweisung von Schutzgebieten hat ohne Prozentvorgaben auf wissenschafts- und bürgerkonformer Basis zu erfolgen.

Beim umstrittenen Thema der nun wieder heimischen Raubtiere wie Wolf und Bär gibt es kein komplett richtig oder komplett falsch. Hier muss ein vernünftiger Ausgleich zwischen Tierschutz und Schutz der Bauern und Bevölkerung gewährleistet werden.

Klima

Die aktuell panikgetriebene Klimapolitik mit hauptsächlichem Fokus auf CO₂-Reduzierung halten wir für grundlegend falsch. Fakt ist, es gibt eine Veränderung des Klimas.

Allerdings ist die ideologisch geprägte Ausrichtung auf „erneuerbare“ Energien teils kontraproduktiv (siehe nachfolgende Punkte).

Windkraftanlagen, Photovoltaik und weitere Formen der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen sollen viel stärker auf deren Umweltverträglichkeit und eventuell negativen langfristigen Folgen überprüft werden.

dieBasis setzt sich für eine Aufforstung/ Wiederbewaldung mit einheimischen Arten in Mischwäldern ein.

Moore sollen dort, wo es möglich ist, renaturiert und wieder bewässert werden.

dieBasis setzt sich für lokale Wirtschaftskreisläufe ein, um den überbordenden globalen Warenkreislauf zu begrenzen.

Thema CO₂

Die Atmosphäre ist, zusammen mit den Meeren, der Landmasse, der Biosphäre und der Lithosphäre ein komplexes Konstrukt, das sich nicht durch einen einfachen Formalismus beschreiben lässt. Die Erforschung dieser Zusammenhänge und die geführten Diskussionen müssen ergebnisoffen sein und bleiben und dürfen nicht einer ideologischen Agenda oder einem Geschäftsmodell unterworfen sein.

dieBasis sieht ein Gebot zum schonenden Umgang mit natürlichen Rohstoffen wie Öl und Gas, hält aber das Gas Kohlendioxid oder andere (sogenannte) Treibhausgase nicht für ursächlich für die Veränderung der globalen Durchschnittstemperatur.

Kohlendioxid ist das chemische A und O der Nahrungskette, eine der Grundlagen der Photosynthese und damit des Lebens selbst. Seine Dämonisierung setzen wir gleich mit der Dämonisierung des Lebens selbst.

Naturschutz

dieBasis setzt sich für Anreize ein, statt weitere natürliche Flächen in Gewerbe umzuwandeln, lieber bereits versiegelte und nicht (mehr) genutzte Flächen zu verwenden.

dieBasis fordert eine Renaturierung von Wasserläufen, wenn möglich. Somit wäre auch der Uferzonenschutz gewährleistet, was zu weniger Überschwemmungen führen würde.

In unseren Bächen und Flüssen gibt es zahlreiche Barrieren, die eine Durchlässigkeit für Gewässerlebewesen behindern. Die Barrieren sind zum Beispiel Abstürze, die zur Sicherung des Gewässerbettes angelegt wurden oder Wehranlagen, die zum Beispiel der Wasserkraft dienen. Wir treten dafür ein, dass Regelungen entsprechend der Wasserrahmenrichtlinie der EU (WRRL) geschaffen werden, um die Durchgängigkeit an allen Gewässern in einem absehbaren Zeitraum herzustellen.

Trinkwasser ist ein Grundrecht. Es darf keine Privatisierung von Wasserrechten geben.

Bei überregionalen Infrastrukturprojekten – insbesondere, wenn sie stark in die Natur eingreifen und mit großräumiger Flächenversiegelung verbunden sind (wie z. B. Flughäfen – ist eine sorgfältige Abwägung mit Einbeziehung der lokal betroffenen Bürger notwendig.

Atomkraft

dieBasis setzt sich für den Betrieb kerntechnischer Einrichtungen ein, solange die Sicherheitsrisiken auf ein Minimum reduziert werden.

Verbraucherschutz

dieBasis setzt sich für eine deutliche Deklaration von giftigen, natur- und gesundheitsschädlichen und genetisch veränderten Inhaltsstoffen ein.

Für den Ressourcenschutz und zur Abfallvermeidung sollten Produkte langlebiger und vor allem reparierbar sein.

Hier findest Du das dazugehörige [Quellenverzeichnis!](#)

Wirtschaft & Finanzen

Bis Anfang der 1970er-Jahre wuchs die Wirtschaft noch schneller als die Geldmenge, Finanzmarktprodukte in diesem Ausmaß gab es damals noch nicht. Die Gesellschaft war zufrieden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft und das Geld wieder uns Menschen dient, nicht umgekehrt!

Um dahin zu kommen, müssen wir den Wachstumszwang loswerden. Wie geht das? Der Wachstumszwang hat auch mit dem Gewinnstreben der Menschen zu tun, seine Ursache wurzelt viel stärker in unserem Geldsystem. Da müssen wir ansetzen. Wie kommen wir dahin?

Geschätzt sind bei uns Bürgern in der Realwirtschaft nur grob 25 % der gesamten Geldmenge unterwegs, ca. 75 % werden in den Finanzmärkten und Börsencasinos zum Zocken missbraucht. Es hat zweifellos seine Gründe, weshalb es keine wissenschaftlich fundierte Trennlinie zwischen der Realwirtschaft und den Finanzmärkten gibt. Gäbe es die Trennlinie, würde man schnell erkennen, dass viel zu viel Geld im System ist und dem allermeisten Geld keine Wirtschaftsleistung zugrunde liegt, es also im Grunde leistungslos ist. Die Kaufkraft des Geldes beruht heute fast vollständig auf dem Vertrauen der Bürger.

Seit der Einführung des Euro ist die Geldmenge um das 3-fache gestiegen und löst Inflation aus. Die Geldmenge wächst ständig exponentiell über das Fiat-Geldsystem, d. h. aus dem Nichts geschöpft, weiter und über Zins und Zinseszins – inzwischen viel schneller als unsere Produktion und Dienstleistung.

Die Finanzierung des Staates wird derzeit überwiegend aus dem Steueraufkommen mit einer Staatsquote von 48 % aus dem eigenen Wirtschaftsraum finanziert. Die großen Handelsketten und Global Player (wie z. B. Amazon, Lieferando, booking.com, Facebook, Google ...) mit ihren Auslandsniederlassungen haben sich nahezu vollständig aus der Staatsfinanzierung verabschiedet.

Auf der anderen Seite haben wir die Steuervermeidung und Steuerhinterziehung bei der Gewinnsteuer. Die Körperschaftsteuer als Einkommensteuer der Konzerne ist wegen der Steueroasen ein weltweites Riesenproblem. Steuervermeidung auf nationaler Ebene, aber auch politisches Ausspielen einer globalen Marktmacht sowie die Erpressung unserer Wirtschaftsräume müssen verhindert werden.

Wir halten Märkte für erstrebenswert, in denen alle Menschen und wirtschaftlichen Akteure eigenverantwortlich und ohne Zwang selbst entscheiden können. Welche Produkte und Leistungen sie produzieren und welche sie in Anspruch nehmen wollen, sollen sie selbst entscheiden. Die Eigenverantwortlichkeit ist die bessere, den Menschen dienende und die Menschen versorgende Wirtschaftsordnung im Vergleich zu einer monopolisierten, planwirtschaftlich agierenden „Behörde“ die für die Bürger entscheidet. Letztere kann selbst unter Verwendung moderner KI-Verfahren diese millionenfachen täglichen Bedarfe der Menschen niemals so abbilden, dass sie dem Wohl der Menschen dienen und sie gibt dem Staat eine absolute Macht.

Es gibt allerdings Märkte, die aus verschiedenen Gründen nicht zu dem gewünschten Ergebnis bei rein privaten Entscheidungen führen. Eine staatliche Regulierung der Märkte ist nur bei folgenden Punkten gerechtfertigt:

- Tendenzen zu Monopolen (z. B. bei Netzinfrastrukturen wie Energie-, Wasser- und Verkehrsnetzen)
- Ausnutzung von Marktmacht z. B. auf den Arbeitsmärkten, in der Landwirtschaft (Preisdiktat durch wenige Großhandelsunternehmen) oder durch globale Finanzakteure und Plattformökonomien (Amazon, booking.com etc.)
- Zu wenig Schutz der Sicherheit der Menschen, (z. B. bezüglich Qualität von Lebensmitteln und Medikamenten oder Sicherheit von elektrischen Geräten)

- Zu wenig Schutz von Natur und Umwelt, z. B. das Verbot der Einleitung von Abwässern oder das Gebot der Reinhaltung der Luft. Das sind die externen Effekte, also unerwünschte Nebenwirkungen.

Was wir in unserer aktuellen Wirtschaftslage in Deutschland allerdings konstatieren müssen, ist eine starke Überregulierung einhergehend mit einer überbordenden Bürokratie, die jede wirtschaftliche Tätigkeit und jedes private Engagement gängelt oder sogar im Keim erstickt. Das führt dazu, dass dringend bei uns benötigtes Kapital ins Ausland abfließt und hier nicht mehr für Investitionen zur Verfügung steht. Die aktuell sehr besorgniserregende Anzahl von Insolvenzen und Auslagerung von Produktion ins Ausland, verbunden mit einem massiven Arbeitsplatzabbau, sprechen Bände.

Es bedarf also keines weiteren Entbürokratisierungsgesetzes, sondern es braucht das systematische Screening aller Regulierungen, Verordnungen und Gesetze und auch der zuständigen Regulierungsbehörden auf deren Sinnhaftigkeit.

dieBasis beobachtet auch mit großem Interesse die weltweiten handelspolitischen und währungspolitischen Geschehnisse. Der US-Dollar verliert zunehmend seine aktuelle Rolle als Weltwährungsreserve und mit den BRICS-Staaten treten neue starke Akteure auf den Weltmärkten auf. Es gilt die Interessen der deutschen und auch der anderen europäischen Staaten in diesen weltweiten wirtschaftlichen Umbrüchen zu stärken. Die rohstoffarme deutsche Wirtschaft ist auf funktionierende internationale Handelsbeziehungen angewiesen. Parallel gilt es in diesen unruhigen Zeiten regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, deren Leistungen mit lokalen Währungen bezahlt werden können.

Derzeitiges Geldsystem und Geldpolitik

Geld(-system-)politik beeinflusst die Wirtschaft und damit die Wirtschaftspolitik in erheblichem Maße und kann je nach Ausgestaltung zu sozia-

len Verwerfungen und zur Umverteilung von unteren und mittleren Einkommen hin zu wenigen weltweit agierenden Institutionen und Personen führen.

Sorge bereitet auch das Auseinanderklaffen von Realwirtschaft und Finanzwirtschaft. Die Finanzmärkte erfüllen kaum noch ihre Funktion der effizienten Ressourcenallokation im Dienste der Realwirtschaft.

Kurzfristige Maßnahmen

- Wir fordern einen uneingeschränkten Erhalt des Bargeldes.
- Bei einem Zinssystem ist die Höhe des Zinssatzes u. a. von den wahrgenommenen und tatsächlichen Risiken der Kreditvergabe abhängig. Damit werden neue Markteintritte, Innovation sowie kleinere und mittlere Unternehmen und Familien oftmals benachteiligt. dieBasis setzt sich für die Schaffung von Garantieinstrumenten ein, die geeignet sind diese Risiken von kreditfinanzierten Investitionen bis zu einem festzulegenden Betrag für die ärmeren, schwächeren und weniger finanzkräftigen Teile der Bevölkerung zu vermindern.
- Wir lehnen die Einführung einer digitalen Identität im Zusammenhang mit einer digitalen Währung ab.
- Die Geldmenge ist durch unsere Wirtschaftsleistung, das Bruttoinlandsprodukt BIP, plus eine Reserve zu begrenzen.
- Es darf neben dem Euro auch andere Währungen als nationales Zahlungssystem geben.
- Wir fördern Regionalgeld als gültiges Tauschmittel zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe.
- Hochspekulative Finanzmarktprodukte wie Derivate oder Hedgefonds sind mit höheren Transaktionsgebühren als sonstige Finanzprodukte zu belegen.
- Die Schattenbanken gehören unter die Kontrolle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin.

Wirtschaftspolitik/Wirtschaftsordnungspolitik im derzeitigen Geldsystem

Wir befürworten ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem, dessen rein kapitalistisch verursachten negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt vermindert werden. Dies sehen wir am besten in einem basisdemokratischen System gewährleistet, in dem die Entscheidungsbefugnisse bei allen Bürgern und Marktteilnehmern liegen.

Leitlinien:

- Entscheidungsrechte beginnen auf kommunaler Ebene und es wird eine weitgehend dezentralisierte Entscheidungsstruktur für alle wirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Belange angestrebt.
- Wir verabschieden uns vom Wachstumszwang und wollen ein qualitatives Wachstum erreichen.

Einnahmen/Finanzierung des Staates

- Wir halten es für unabdingbar, dass der Staat in einigen Sektoren eine staatliche Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen übernimmt, um Marktmacht zu verhindern und eine Daseinsvorsorge und eine gleichberechtigte Teilhabe sowie die gleichmäßige Versorgung aller Bürger, unabhängig von deren Standort und Einkommen zu ermöglichen.
 - Betrieb und Erhalt von Gemeingut für Bildung, Gesundheit, Medizin/Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime (Abbau von Kapitalgesellschaften), Mobilität, Energie (Strom/Wärme), Wasserver- und Abwasserentsorgung gehen vor Profit.
 - Die Ökonomisierung des Gesundheits- und Pflegesektors führte zu einer Unterversorgung der Bevölkerung und einer Zwei-Klassen-Medizin. dieBasis fordert, dass alle Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere die Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, aber auch die Strom- und Wasserversorgung von staatlicher Seite bereitgestellt werden.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Die Ausgestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hat eine Basis- und Existenzsicherung aller in Deutschland lebenden Personen zum Ziel. Dabei ist das Leistungsvermögen und der Leistungswille ausschlaggebend. Fleiß muss sich wieder lohnen.

Dabei können auch Behinderte und sonstige beeinträchtigte Personengruppen durch geeignete Angebote volkswirtschaftlich wertvolle Beiträge zum Gemeinwohl erbringen.

- Wir fordern den Erhalt des Bürgergeldes und einen Arbeitslohn, der in Summe das Bürgergeld übersteigt.
- Die Schere zwischen Arm und Reich wird durch Umverteilung oder Rückverteilung der Gelder aus der Finanzwirtschaft als Basissicherung der Menschen ausgeglichen.
- Finanzieller Ausgleich für Ehrenamt.
- Höherer finanzieller Ausgleich für häusliche Betreuung und Pflege.
- Um Eigenverantwortung, Familien- und Nachbarschaftshilfe sowie Freiwilligenarbeit in Vereinen, Feuerwehren etc. zu stärken, befürwortet dieBasis die Entkriminalisierung von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit. Schenken ist ein sozialer Akt der keinem geldwerten Vorteil entspricht.
- Höhere Renten und (Basis)Mindestrente durch Einzahlen von allen in die Rentenkasse in ein staatliches Durchlaufsystem.
- Pensions- oder Betriebskassen können die Rente aufstocken.
- Einführung einer Basisrente, die bei ehemals Erwerbstätigen, gestaffelt nach Arbeitsjahren, bis zu 50 % höher liegt als die Basissicherung.
- Wegfall der Besteuerung der Renten.
- Kein zweckfremder Einsatz oder Spekulation mit den Renteneinzahlungen.
- Wir fordern eine Basissicherung.
- Schutz von älteren Fachkräften, in den Niedriglohnsektor gezwungen zu werden und Kompetenzerhalt mit erfahrenen Fachkräften
- Flexible Arbeitszeitmodelle.
- Fachkräftemangel zuerst in Deutschland regeln.
- Gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung für Mütter und Väter.

Bauen und Wohnen

- Das Baurecht ist zu vereinfachen, das Verfahren für Baueingaben ist zu beschleunigen.
- Die Gewinnmaximierung bei Mietwohnungen muss zurückgedrängt werden und gemeinnützige Gesellschaften (Genossenschaften) sollen gefördert werden.
- Kommunales Vorkaufsrecht mit Vergabe von Erbbaurecht anwenden.
- Wohnraum gehört zum Recht auf persönliche Teilhabe.
- dieBasis fordert die Senkung der Grunderwerbsteuer für Familien bundesweit.
- Schaffung von Wohneigentum fördern und Sicherung von Krediten durch den Staat.

Landwirtschaft

- Keine Anreize für Kapitalanleger durch Erwerb und Betrieb von landwirtschaftlichem Boden mittels Kapitalgesellschaften.
- Rückführung der Flächen zu Landwirten, die den Boden selbst bestellen.

Finanzpolitik im derzeitigen Geldsystem

dieBasis schlägt eine Vereinfachung des Steuersystems, verbunden mit geringerer Steuerlast für die unteren und mittleren Einkommen und einem höheren Anteil an den Steuereinnahmen für Kommunen und Länder vor. Im Einzelnen sind das:

Steuerpolitik

- Wir fordern eine Einkommenssteuer erst ab einem Einkommen von 50.000€/a.
- Wir fordern eine progressiv ansteigende Vermögensteuer für Vermögen über 2 Mio €.
- Ein Vermögensregister, wie aktuell von der EU-Kommission vorgeschlagen, lehnen wir ab.
- Die Mehrwertsteuer auf gesundheitsfördernde Lebensmittel und Gaststättenumsatz soll auf 0 % gesenkt werden.
- Es wird eine Filialsteuer für Globalisten erhoben, die ihren Umsatz in unserem Wirtschaftsraum erwirtschaften.
- Die Freibeträge und Regelungen bei der Erbschaftssteuer werden hinsichtlich ihrer derzeitigen Benachteiligung von kleineren Erbschaften

ten gegenüber großen Vermögen wie z.B. Firmen geprüft und angepasst

- Einnahmen der Sozialversicherungskassen, v.a. der Rentenkassen sowie Gebühreneinnahmen sind für den vorgesehenen Zweck zu verwenden. Eine Zuführung dieser Einnahmen in die allgemeinen Steuereinnahmen für andere Aufgaben wird nicht mehr gestattet.
- Abgeltungssteuer abschaffen!
dieBasis lehnt die anonyme Abgeltungssteuer für Einkünfte aus Kapitalvermögen ab. Wir wenden uns nachdrücklich gegen eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Einkunftsarten. Wir empfinden es als ungerecht, dass das Einkommen aus aktiver Erwerbstätigkeit höher besteuert wird als das Einkommen aus passiver Betätigung in Form des Erzielens von Kapitalerträgen und von Spekulationsgewinnen. Die Abgeltungssteuer setzt aus unserer Sicht ein falsches Zeichen. Auch ist für uns kein vernünftiger Grund ersichtlich, Alterseinkünfte mit dem Normalsteuersatz zu besteuern, während private Kapitaleinkünfte privilegiert sind.

Staatshaushalt/Staatsausgaben

Deutschland hat eine der höchsten Staatsquoten der Welt, dies sollte durch rigides Ausgabenmanagement und Bürokratieabbau verringert werden.

Die Spirale von Markteingriffen durch Subventionen und steuerliche Anreize, Zahlungen an Bürger und Unternehmen zur Verringerung der negativen Auswirkungen der Subventionen und Anreize, wie zuletzt im Energiesektor mit der Tendenz zu immer mehr Staat bei geringer werdenden staatlichen Handlungsspielräumen angesichts von Mittelknappheiten muss durchbrochen werden.

- Wir fordern eine basisdemokratische Beteiligung bei der Aufstellung des staatlichen Jahreshaushalts.
- Wir fordern die Volksabstimmung zur Entlastung der Regierung über deren Mittelverwendung am Ende des Budgetjahres.
- Investive Maßnahmen mit einem hohen volkswirtschaftlichen Return on Investment, wie die

Sanierung der Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur sind prioritär in den Haushaltsplänen zu berücksichtigen.

- Zusammenlegung und Verschlinkung von Ministerien sowie nachgeordneter Behörden und staatlicher Institutionen.
- Verkleinerung der Parlamente.
- Diäten für Abgeordnete (EU, Bund, Länder) beziehen sich in ihrer Höhe auf das deutsche Durchschnittseinkommen.
- Systematische Überprüfung von Zahlungen an multilaterale Institutionen wie die UN und ihre Unterorganisationen sowie Beiträge an internationale Finanzierungsinstitutionen wie die Bretton-Wood-Institutionen auf ihre Nützlichkeit, Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit.
- Einstellung aller Zahlungen an nicht gewählte und allen Staaten vorgesetzte sogenannte „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO). Die ursprünglichen staatlichen und privaten Institutionen und Stiftungen, die zweckgebunden rein caritativ arbeiten, müssen unterstützt und erhalten werden.

Mittelstandsförderung

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Im Rahmen der multiplen Krisen kämpfen immer mehr kleine und mittlere Unternehmen ums Überleben. Wir unterstützen kleine und mittlere Unternehmen als Rückgrat der deutschen Wirtschaft, Innovationstreiber und als wichtigste Arbeitgeber und Ausbilder. Sie stärken auch die regionale Selbstversorgung und sind dabei ein wichtiger Akteur in einer immer stärker globalisierten Wirtschaft.

- Schutz des eigenen Wirtschaftsraumes: Öffentliche Vergaberichtlinien, vor allem bezüglich der Losgrößen sind so zu ändern, dass regionale Anbieter des eigenen Wirtschaftsraums oder qualitativ hochwertigere Anbieter auch bei etwas höheren Preisen trotzdem eine faire Chance auf den Zuschlag erhalten können.
- Förderung der Produktion von langlebigen, wiederverwendbaren oder biologisch abbaubaren Produkten.
- Einweg- und Wegwerfverpackungen werden auf umweltverträgliche Kreislaufverpackungen umgestellt.
- Förderung der Existenzgründung durch staatliche Risikogarantien.
- Gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung sozialer und wertschöpfender Arbeit (Pflege, Handwerk und Produktion).
- Geeignete Maßnahmen zur Anerkennung der Schaffung von qualitativ hochwertigen Ausbildungs- und Studienplätzen, z. B. Aufhebung des Numerus Clausus.
- Intensiver Bürokratieabbau – DSGVO, ESG, weitere staatliche Vorschriften abschaffen, auch das ganze Fördersystem und die staatlichen Vorschriften. Nur absolut notwendige staatliche Regelungen erhalten.
- Energiekosten senken/günstige Energieversorgung sichern. Grundlastfähige Energieformen sichern, die jederzeit innerhalb kürzester Zeit hoch- oder runtergefahren werden können. Nur mit solcher Energie ist eine industrielle Produktion möglich.

dieBasis diskutiert weiter alternative Geld- und Wirtschaftssysteme.

Wohnen, Stadtentwicklung & Bauwesen

Die Partei dieBasis steht für die Mitbestimmung der Bürger. Daher bietet dieser Programmbereich nur eine Auswahl an Möglichkeiten an, um die Entscheidungsfreiheit der Bürger nicht einzuschränken.

Wohnraum ist nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern ein fundamentales Menschenrecht – und das sollte für jeden erschwinglich und erreichbar sein. Politik und Wirtschaft sind uns Wohlbedingen schuldig, gepaart mit dem respektvollen Geist eines wirklich demokratischen Miteinanders.

Die EU muss ihr Versprechen der Zurückhaltung einlösen, Bundes- und Landesregierungen überlassen lokale Entscheidungen den Kommunen selbst. Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden können, müssen auch dort gefällt werden. Unser Zuhause muss mehr als nur eine Unterkunft sein – es soll unser sicherer Hafen und Ort der Geborgenheit sein, der uns auch vor staatlicher Übermacht schützt.

Der Wohnungsbau darf nicht durch verworrene und überregulierte Bauvorschriften, Auflagen sowie ideologische Vorgaben künstlich gebremst werden. dieBasis fordert den Erhalt und die Renovierung von Bestandsimmobilien, um Leerstand und Wohnungsmangel zu minimieren.

Wohnen und Eigentum

Wir Mitglieder der Partei dieBasis möchten gemeinsam mit Bürgern, für uns Bürger, Lösungswege für eine lebenswerte Zukunft finden. Erforderliche Eingriffe in die Natur müssen dabei verantwortungsvoll abgewogen werden.

Insgesamt fehlen 800.000 Wohnungen in Deutschland. Zudem hat Deutschland nur eine Wohneigentumsquote von 42,1 %. Europaweit liegt der Durchschnitt bei 70 %. *Statista*

dieBasis fordert:

- Wohnbaugesellschaften sind mehr in die Pflicht zu nehmen, der Staat muss Wohnraum schaffen.
- Die Entlastung von Ballungsgebieten, doch nicht zum Nachteil der ländlichen Bevölkerung.
- Erschwingliches Bauen ermöglichen: Neues günstiges Bauland zur Verfügung stellen. Erschließungsplanungen und bauliche Erschließungen durch Gemeinden oder Vereine gemeinwohlorientiert vorfinanzieren, z. B. über eingetragene Vereine, die auch Fördergelder beschaffen können.
- Zuzug in ländliche Gebiete ermöglichen „Verjüngung“. Gleichzeitiger Ausbau der Infrastruktur.
- Fördergelder für privaten, selbstgenutzten Wohnbau. Zuschüsse für Kinder und Altersvorsorge, insbesondere für (Groß-)Familien und Einheimische.
- Stärkeren Vermieterschutz z. B. vor Mietnomaden und Vandalismus zur Herstellung von Planungssicherheit.
- Leerstand wegen Spekulation muss sanktioniert/verhindert werden.

Bauen und Stadtentwicklung

Die Energieeffizienz für Gebäude soll keine in Stein gemeißelte Vorschrift sein. Die Forderung nach 65 % Wärmeenergie aus erneuerbaren Quellen und das Ziel von fossilfreien Wärmenetzen stellen wir infrage. Bauen darf kein Flickenteppich aus Regelungen sein, sondern ein überschaubarer und bezahlbarer Prozess. Bauen muss bezahlbar bleiben. Wie überall gilt: so viele Regeln wie nötig, so wenige wie möglich.

Dazu gehören insbesondere die gesetzlichen Vorgaben aus den EPBD (europäische Gebäuderichtlinie) und die daraus folgenden nationalen Vorgaben aus GEG (Gebäudeenergiegesetz), dem Wärmeplanungsgesetz.

Wir achten bei unseren Entscheidungen auf Minderheiten und berücksichtigen die ökonomisch Schwächeren.

Energieeffizienz ist vernünftig, darf aber nicht nur an eine Technologie gebunden werden. dieBasis steht im Wohn- und Gewerbebau für Technologie-Offenheit.

dieBasis fordert:

- Mensch und Natur stehen auch im Bausektor im Mittelpunkt unserer Entscheidungen.
- Vernünftige, ideologiefreie Entbürokratisierung der Bauvorschriften, allein die Sicherheit der Bauten hat Bedeutung.
- Klimaschutz-Auflagen auf Sinnhaftigkeit/Umsetzbarkeit prüfen und ggf. entkräften, so umweltfreundlich wie möglich und nötig – Umweltschutz vor Klima-Hysterie.
- Freie bebaubare Flächen sollten bevorzugt an den sozialen und privaten Bau zur Verfügung gestellt werden. Wenn möglich soll vor allem leerstehender Altbestand sinnvoll genutzt werden.
- Förderung von Modernisierung durch Kreditsicherung und niedrige Zinsen.
- Stoppen von Spekulation, Monopolstellungen massiv entgegenwirken. Es muss eine Art Kartellaufsicht geben, damit deutsche und ausländische Groß-Investoren nicht im großen Stil Wohnraum, Gewerbe- und landwirtschaftliche Flächen aufkaufen und uns so erpressbar machen. In anderen Ländern gibt es so etwas auch, in Thailand z. B. dürfen Ausländer kein Land kaufen.

dieBasis mahnt zur Aufmerksamkeit – Strahlenlast und Freiheitseinschränkungen:

- Reise- und Bewegungsfreiheit müssen bewahrt bleiben.
- Aufklärung über Strahlung durch 5G (und 6G) usw. sowie über Strahlenschutz beim Bauen.

- Wahrung der Persönlichkeit, keine General-Überwachung des öffentlichen Raumes (Kameras etc.).
- Aufklären der Bevölkerung über Vor- und Nachteile der Smart Citys.
- Für jedes Großprojekt: neutrale Bürgerberatung mit anschließendem Bürgerentscheid!
- Entscheidungsfreiheit über den Wohnraum, kein Zwangsumsiedeln in Smart Citys.
- Jugend schützen durch Verzicht auf W-Lan in Kindergärten und Schulen.

Kosten und Finanzierung der Gesetze

Die Finanzierung unserer visionären Projekte ist eine spannende Herausforderung, der wir uns mit Kreativität und Entschlossenheit stellen. Anstatt Mittel planlos zu verteilen, nehmen wir eine präzise Umverteilung vor. Ressourcen, die in nicht dringlichen Projekten, sowohl im In- als auch im Ausland, gebunden sind, werden zielgerichtet in zukunftsweisende Ideen gelenkt. Eine gründliche Überprüfung des Bundeshaushalts ist unabdingbar. Unser Land steht vor entscheidenden Herausforderungen und es ist unsere Pflicht, diese zuerst zu bewältigen, bevor wir öffentliche Gelder in Nebenschauplätze investieren. Jede Entscheidung wird verantwortungsvoll getroffen, damit die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger den größten Nutzen für unser aller Zukunft entfalten.

Fazit

In der Welt des Wohnbaus und der Stadtentwicklung gibt es kein Patentrezept. Jede Lösung muss dort gefunden werden, wo das Herz der Gemeinschaft schlägt – nämlich direkt vor Ort!